



Dokumentation des Fachtags

Beratung gegen Rechtsextremismus trifft auf Geschichte

im Rahmen des Bundesprogramms kompetent für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus

Alte Handelsbörse Leipzig, 23. Juni 2009



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



■ Der Tagungsort: Die Alte Handelsbörse in Leipzig

Dokumentation des Fachtags

Beratung gegen Rechtsextremismus trifft auf Geschichte

im Rahmen des Bundesprogramms kompetent für Demokratie –
Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus

Alte Handelsbörse Leipzig, 23. Juni 2009

Einleitung

Ute Seckendorf, Zentralstelle des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie“ 5

Begrüßung

■ Wilhelm Teuber, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 9

■ Johannes Zerger, Stiftung Demokratische Jugend 11

Eröffnungsvortrag: „Historische Bezüge für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“, Dr. Katharina Rothe, Universität Leipzig 13

Panel 1: „Der Umgang mit dem Erbe des Nationalsozialismus“ 19

■ Impulsreferat: „Öffentliche Erinnerungskultur in der Bundesrepublik“, Dr. Jens Kroh, Kulturwissenschaftliches Institut Essen 19

■ Impulsreferat: „NS-Vergangenheit in Ost und West. Tradierungsweisen und Sozialisation“, Dr. Iris Wachsmuth, FU Berlin 23

■ Impulsreferat: „Der Antifaschismus in der DDR“, Dr. Thomas Ahbe 27

Podiumsdiskussion

Moderation: Ulrike Schmiegelt, Deutsche Kinemathek 31

Panel 2: „20 Jahre Friedliche Revolution“ 41

■ Impulsreferat: „Der Herbst 1989“, Dr. Kornelia Lobmeier, Zeitgeschichtliches Forum Leipzig 41

■ Impulsreferat: „Ostdeutsche, Westdeutsche und die ‚innere Einheit‘“, Dr. Thomas Ahbe, Deutsche Kinemathek, Berlin 45

■ Impulsreferat: „Erinnerung in der Einwanderungsgesellschaft – 1989/90 aus migrantischer Perspektive“, Elke Neumann, HU Berlin 49

Podiumsdiskussion

Moderation: Dr. Martina Weyrauch, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Potsdam 53

Panel 3: „Was taugt die Zeitgeschichte für die Arbeit gegen Rechtsextremismus?“, Moderation: Annegret Ehmann 61

Personenangaben 79



Einleitung

Ute Seckendorf, Projektleiterin Bundesprogramm
„kompetent. für Demokratie“

Seit dem 1. Juli 2007 unterstützt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit dem Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ die Einrichtung und Entwicklung von landesweiten Beratungsnetzwerken, aus denen anlassbezogen mobile Interventionsteams gebildet werden. In Kooperation mit den Bundesländern werden schwerpunktmäßig Beratungsleistungen gefördert, die Kommunen, Sportvereine, Bürgerinnen und Bürger unter anderem nach einem Vorfall mit rechtsextremem, rassistischem oder antisemitischem Hintergrund in Anspruch nehmen können.

Die Zentralstelle des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ veranstaltete am 23. Juni 2009 in der Alten Handelsbörse in Leipzig einen Fachtag zum Thema „Beratung gegen Rechtsextremismus trifft auf Geschichte“. Den Hintergrund bildete die Beobachtung, dass die Beraterinnen und Berater durch die hohe Verschiedenheit der Kontexte, aus denen sie die Hilferufe und Anfragen erreichen,



■ Ute Seckendorf

ganz besonders herausgefordert werden. Denn sie müssen schnell in der Lage sein, sich die Welt der verschiedensten Betroffenen zu erschließen. Der Erfolg ihres Beratungsprozesses hängt maßgeblich

davon ab, ob die Hilfesuchenden ein Vertrauensverhältnis zu ihnen aufbauen. Dabei spielt das Wissen auf Seite der Beraterinnen und Berater, was das Umfeld der Hilfesuchenden und Betroffenen in der Vergangenheit konsolidiert, geprägt und bewegt hat, keine unwesentliche Rolle. Um sich einer Kommune beispielsweise zu Fragen des Rechtsextremismus beratend zur Seite stellen zu können, kann es hilfreich sein, ihre lokale Geschichte und Erinnerungskultur zu kennen.

In welcher Form kann das erfolgen? Wie kann das gelingen? Auf welche Ansätze können Beraterinnen und Berater, die zeitgeschichtliche Kontexte stärker in ihren Interventions- bzw. Beratungsprozess einbeziehen wollen, zurückgreifen?

Die Antwort fällt ernüchternd aus: Beraterinnen und Berater können sich nicht auf Interventionskonzepte stützen, die den Einfluss von Zeitgeschichte auf lokale bzw. familiäre Zusammenhänge nach rechtsextremen, rassistischen oder antisemitischen Vorfällen berücksichtigen. Ganz anders verhält es sich dagegen bei präventiven Ansätzen. Hier wird der Beschäftigung mit Zeitgeschichte in Form von historisch-politischer Bildungsarbeit eine, wenn nicht sogar *die* zentrale Bedeutung zugewiesen.

Warum die Zeitgeschichte eher für die Präventions-, aber kaum für die Interventionsarbeit hinzugezogen wird, könnte vielfältige Gründe haben. Aufschluss bietet ein Blick auf etablierte Erklärungsan-

sätze des Rechtsextremismus. Sie bemühen sich, das Zusammenspiel von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Deprivationen (z.B. drohender Privilegienverlust, politische Unzufriedenheit) mit individuellen innerpsychischen Konstellationen (z.B. Selbstwert, elterliches Erziehungsverhalten) genau auszuloten. Auffällig ist, dass bei diesen Erklärungsversuchen, ähnlich wie bei Interventionsansätzen, zeitgeschichtliche Zusammenhänge unberücksichtigt bleiben. Das heißt, der Einfluss des Umgangs mit dem nationalsozialistischen Erbe auf rechtsextreme Einstellungen bleibt dabei ebenso vernachlässigt wie 40 Jahre SED-Diktatur.

Die Ausgangsthese des am 23. Juni 2009 in Leipzig durchgeführten Fachtages „Beratung gegen Rechtsextremismus trifft auf Geschichte“ lautete deshalb: Rechtsextreme, rassistische und antisemitische Einstellungen und Verhaltensweisen von Teilen der Bevölkerung können auch auf offene Stellen in der zeithistorischen Auseinandersetzung in den ehemaligen beiden deutschen Staaten hinweisen. Dies schließt den unterschiedlichen Umgang mit Nationalsozialismus ebenso ein wie die Erinnerungskultur über die DDR nach 1989. Anlässlich des 20. Jahrestages der Friedlichen Revolution ging der Fachtag diesen komplexen zeitgeschichtlichen Verstrickungen nach und lud mit den folgenden Fragen zu einem offenen Diskurs ein:

Welche neuen Perspektiven eröffnet die Zeitge-

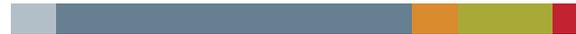
schichte für die Erklärung des Rechtsextremismus? Was nützt die Beschäftigung mit zeithistorischen Zusammenhängen für die Beratung und Intervention gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus?

Der Fachtag wurde mit Dr. Katharina Rothes Vortrag „Historische Bezüge für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ eröffnet. Anschließend referierten und diskutierten Dr. Jens Kroh (Kulturwissenschaftliches Institut Essen), Dr. Iris Wachsmuth (FU Berlin) und Dr. Thomas Ahbe (Leipzig) mit Ulrike Schmiegelt (Deutsche Kinemathek) zum Thema „Der Umgang mit dem Erbe des Nationalsozialismus“. Schwerpunkt war dabei das Wechselspiel zwischen öffentlicher und tradierter, familiärer Erinnerungskultur in beiden deutschen Staaten.

In dem zweiten Panel zum Thema „20 Jahre Friedliche Revolution“ sprachen – moderiert von Dr. Martina Weyrauch (Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung) – Dr. Kornelia Lobmeier (Zeitgeschichtliches Forum Leipzig), Dr. Thomas Ahbe (Leipzig) und Elke Neumann (HU Berlin). Es ging insbesondere um die Frage, worin die Euphorien des Herbstes 1989 mündeten; Elke Neumann erinnerte daran, dass die Perspektiven der Migrantinnen und Migranten auf die Deutsche Einheit 1990 sowohl damals als auch heute kaum beachtet werden.

Das Abschlusspodium, moderiert von Annegret Ehmann (Berlin), diskutierte die Ausgangsfrage „Was taugt die Zeitgeschichte für die Arbeit gegen Rechtsextremismus?“ mit den Vertreterinnen und Vertretern aus der Wissenschaft und aus der Programmpraxis (Dr. Andreas Hallermann, Landesstelle Gewaltprävention Thüringen, und Michael Trube, Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus, Köln).

Dem Fachtag ist es gelungen, für das Aufeinandertreffen von Beratung gegen Rechtsextremismus und Zeitgeschichte einen Impuls zu setzen. Dafür dankt die Zentralstelle ganz herzlich allen Beteiligten, allen Referentinnen und Referenten, Moderatorinnen und nicht zuletzt allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihre Aufgeschlossenheit und Neugier.





Begrüßung

Wilhelm Teuber, Referatsleiter „Jugendinformation, Extremismusprävention“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

**Sehr geehrter Herr Zerger,
liebe Kolleginnen und liebe Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,**

im Namen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend begrüße ich Sie ganz herzlich zu dem diesjährigen Fachtag des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“. Ich freue mich, dass Sie heute – ziemlich genau ein Jahr nach dem ersten Fachtag im Juni des vergangenen Jahres in Potsdam – hierher nach Leipzig gekommen sind.

Der Fachtag im vergangenen Jahr war geprägt durch den länderübergreifenden Austausch über die ersten Erfahrungen aus der Vernetzungs- und Beratungsarbeit und deren Transferpotenziale. Inzwischen sind wir ein ganzes Stück weiter, und so beschäftigt sich der diesjährige Fachtag in erster Linie mit einem thematisch spezifischen Programmschwerpunkt. In diesem Zusammenhang freue ich

mich besonders, dass wir mit dem diesjährigen Fachtag hier in Leipzig zu Gast sein dürfen. Im Herbst 1989 gingen von Leipzig die ersten wichtigen Botschaften für die Friedliche Revolution aus.

Unter dem Titel „Beratung gegen Rechtsextremismus trifft auf Geschichte“ versucht sich der Fachtag an einem schwierigen und komplexen Vorhaben. Es ist meine persönliche Überzeugung, dass erst die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit dazu befähigt, aktuelle Formen von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus einzuordnen und zu beurteilen.

Seit den 90er Jahren wurde das Thema Rechtsextremismus verstärkt als Jugendproblem verstanden. Dadurch wurde betont, dass

1. die historischen Bezüge zum Nationalsozialismus vor allem bei Jugendlichen eher symbolischer Natur seien,
2. rechtsextreme Jugendliche nur selten über solides historisches Wissen verfügten und
3. die Gesellungs- und Organisationsformen der rechtsextremen Szene sich von historischen Vorbildern weitgehend gelöst haben.

Gegenwärtig, so mein persönlicher Eindruck, erleben wir diesbezüglich erneut eine Veränderung. Es wächst das Bewusstsein dafür, dass historische Kontexte und Bezüge berücksichtigt werden müssen. Es prägt sich immer stärker die Erkenntnis aus, dass man nur so dem Thema Rechtsextremismus in



■ Wilhelm Teuber

seinen relevanten Ausprägungen gerecht werden kann. Nach meinem Dafürhalten wäre es aber nun verfehlt, einfach eine Renaissance historisch dominierter Deutungs- und Erklärungsmuster wie in den frühen Jahren der Bundesrepublik für rechtsextreme Tendenzen, Einstellungen und Handlungen einzuläuten. Vielmehr stehen wir jetzt vor der Aufgabe, historische Bezüge mit Modernisierungstendenzen des Rechtsextremismus und vergangenheitsorientierte Argumentationen mit jugendkulturellen Ausdrucksformen bei Erklärungsversuchen zum Rechtsextremismus in den Blick zu nehmen. Bei unseren Überlegungen zu Prävention und Interventionen

müssen wir diesbezüglich zu einer balancierten Sichtweise gelangen.

Das Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“ ist mit Rechtsextremismus in ganz unterschiedlichen Ausprägungen und Kontexten konfrontiert. Und so stellen sich deswegen auch Fragen im Hinblick auf die Bedeutung historischer Bezüge für die Programmpraxis ganz besonders. Mit welchen historischen Bezügen ist Beratung im Kontext von Rechtsextremismus konfrontiert? Wie können diese Bezüge für Interventionen aufgegriffen und fruchtbar gemacht werden? Wann und wo fehlen notwendige historische Bezüge bei der Beschreibung und Analyse rechtsextremer Vorfälle, die Anlass für Interventionen bieten? Ist es sinnvoll, solche Bezüge im Rahmen von Interventionen einzubringen – wenn ja, unter welchen Bedingungen, und wie sollte dies geschehen?

Um diese Fragen zu klären, ist es notwendig, Kontexte, Bedingungen, Methoden und Ergebnisse von Beratungsprozessen, die historische Bezüge berücksichtigen, einzubeziehen und mit solchen zu vergleichen, die dies nicht tun. Solch ein Klärungsprozess kann dazu beitragen, die spezifischen Potenziale historisch sensibler und informierter Beratungspraxis zu erhellen.

Ich würde mir wünschen, dass neben der Klärung dieser Fragen auf konzeptioneller Ebene auf dieser Tagung auch Erfahrungen bei der Umsetzung ent-

sprechender Ansätze diskutiert und ausgewertet werden. Ich verspreche mir davon wichtige Anregungen für die Beratungspraxis gegen Rechtsextremismus allgemein sowie für die gegenwärtige Arbeit und die Weiterentwicklung des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie“. Ich freue mich auf die Informationen und Diskussionen zu Ihrer Arbeit. Uns allen wünsche ich eine anregende Tagung, aus der wir Erkenntnisse für unsere tägliche Arbeit gewinnen.

Johannes Zerger, Geschäftsführer der Stiftung
Demokratische Jugend

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte mich den freundlichen Worten meines Vorredners anschließen und begrüße Sie im Namen der Stiftung Demokratische Jugend sehr herzlich zum diesjährigen Fachtag „Beratung gegen Rechtsextremismus trifft auf Geschichte“.

Wir sind es gewohnt, die Abfolge von Geschichte linear zu denken, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft fein säuberlich zu trennen. Wenn wir aber genau hinschauen und reflektieren, stellen wir fest, dass alle drei Dimensionen eng miteinander verwoben sind. Dass Gegenwart eigentlich immer nur ei-

nen kurzen Moment dauert und Vergangenes wie Zukünftiges viel stärker unser Bewusstsein – und unser Unbewusstes – beeinflussen, als es vordergründig erscheint. Das gilt genauso für Individuen wie für Gesellschaften. Beratung gegen Rechtsextremismus trifft also zwangsläufig auf Geschichte. Und da Geschichte nie nur Realgeschichte ist, sondern immer auch Interpretation, Sinnggebung und Instrumentalisierung erfährt, steckt darin jede Menge Konfliktstoff. Wir wissen aus Geschichte und Gegenwart, wie wichtig es ist, Vorsorge zu treffen, dass dieser Konfliktstoff nicht als Brandbeschleuniger gesellschaftlicher Auseinandersetzungen genutzt wird.

Mit dem Fachtag laden wir Sie ein, diesen vielfältigen Dimensionen nachzuspüren, die Konfliktpotenziale auszuloten und bearbeitbar zu machen. Er nimmt dazu ganz bewusst den unterschiedlichen Umgang mit dem Erbe des Nationalsozialismus in Ost- und Westdeutschland in den Blick. Das ist nicht zuletzt deshalb so wichtig, weil Rechtsextremisten „natürlich“ versuchen, Geschichte umzuinterpretieren und ihre Deutung der NS-Geschichte anschlussfähig zu machen an Diskurse in der Mitte der Gesellschaft und daraus politisches Kapital zu schlagen. Ich nenne nur die Stichworte „Bombenholocaust“ und „Heldengedenken“.

Ebenso spannend ist die Frage, welche Bedeutung die Friedliche Revolution von 1989 und die grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen

der letzten 20 Jahre für die Beratung gegen Rechts-extremismus haben. Welche Auswirkungen hat die Erfahrung jahrzehntelanger Unfreiheit auf das kollektive Bewusstsein der Menschen in der DDR? Was davon wird in den Familien, den Medien, den Schulen und den anderen Sozialisationsinstanzen an die jungen Menschen weitergegeben? Wie sind die Erfahrungen der Massenmobilisierung mit dem lautstarken Ruf „Wir sind das Volk!“ im kollektiven Bewusstsein abgespeichert? Wie wirken die Erfahrungen der erfolgreichen Friedlichen Revolution, der Gestaltung von Runden Tischen in der Gesellschaft nach? Was drückt sich in der rückwirkenden Verklä-

■ Johannes Zerger



rung der DDR aus? Welche Rolle spielen enttäuschte Hoffnungen und nicht eingelöste Versprechen und ein Einigungsprozess, der vielerorts als mehr oder weniger freundliche Übernahme erlebt wurde?

Weil es in heterogenen Gesellschaften nicht nur eine Perspektive gibt, müssen wir über diese unterschiedlichen Sichtweisen ins Gespräch kommen. Ich bin daher froh, dass sich auch die Perspektiven von Migrantinnen und Migranten im Programm des Fachtags finden. Wenn ich an die Ereignisse von Hoyerswerda oder Rostock-Lichtenhagen zurückdenke, waren da Menschen anderer Herkunft in dramatischer Weise unmittelbaren Gefahren für Leib und Leben ausgesetzt. Und ich erinnere mich noch an den Ausspruch eines Anwohners in Rostock, der mit Blick auf die Täter damals sagte: „Das sind keine Nazis, das sind unsere Kinder!“

Sie sehen also: Fragen über Fragen, über die es sich lohnt zu diskutieren. Was vielleicht als Leitfrage über diesem Fachtag stehen könnte: Wie kann die historische Erfahrung des Erfolgs der Bürgerbewegung bei der Überwindung des SED-Regimes Anregungen für demokratisches Handeln und Zivilcourage heute geben? Ich freue mich sehr, dass wir diesen Fachtag hier in Leipzig veranstalten und wünsche Ihnen und uns allen interessante Diskussionen!



Eröffnungsvortrag:

Historische Bezüge für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

Dr. Katharina Rothe,
Universität Leipzig

Mit diesen einführenden Worten möchte ich einen Dialog öffnen zwischen Forschenden, die nur selten zusammenkommen: denjenigen, die zur Vergangenheit der DDR, und denjenigen, die zu den Folgen des Nationalsozialismus in Ost oder West arbeiten. Nicht zuletzt möchte ich den Dialog öffnen mit der politischen Praxis, den Beratungsnetzwerken gegen Rechtsextremismus.

Im Mittelpunkt werden zwei Beobachtungen stehen: 1. der Fokus der Rechtsextremismusforschung auf aktuelle gesellschaftliche Bedingungen, 2. das Nicht-Zusammenkommen der Forschungszweige, die zur Vergangenheit der DDR oder zu den Folgen des Nationalsozialismus arbeiten. Gleichzeitig jedoch werden beide Vergangenheiten parallelisiert, wenn z. B. die Rede ist von den „zwei Diktaturen“ (u. a. Evans, R. J. 2005: „Zwei deutsche Diktaturen

im 20. Jahrhundert?“). Dies verhindert meines Erachtens eher eine differenzierte inhaltliche Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte. Ich möchte stattdessen einen Dialog öffnen, in dem weder die deutschen Vergangenheiten ausgeblendet noch gleichgesetzt werden.

Stattdessen eröffnet erst ihre je spezifische Analyse eine Perspektive auf die zahlreichen Weiterwirkungen, die zu spezifisch deutschen Dynamiken von sogenannter Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus beitragen. So möchte ich dafür plädieren, jeweils die Kontinuitäten und Diskontinuitäten des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik und der DDR zu untersuchen, dem nachzugehen, was die verschiedenen Staatsformen weiter förderten und was je verleugnet, verschwiegen wurde, um sich (damit erst recht) unbewusst den Weg über die Generationen zu bahnen.

Ich werde drei Thesen vorstellen, angereichert mit Material aus zwei Studien (Decker et al. 2008: „Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland“ und Rothe 2009: www.psychosozial-verlag.de „Das (Nicht-)Sprechen über die Judenvernichtung. Psychische Weiterwirkungen des Holocaust in mehreren Generationen nicht-jüdischer Deutscher“) zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland sowie zu den Weiterwirkungen der nationalsozialistischen Judenvernich-



■ Dr. Katharina Rothe

tung bei nicht-jüdischen Deutschen. Beides sind qualitative Studien mit Gruppendiskussionen und Interviews in mehreren Generationen.

Die erste These legt den Fokus auf aktuelle gesellschaftliche Bedingungen, um die Entstehung des heutigen Rechtsextremismus zu erklären. Ein Beispiel ist das Konzept der Desintegration des Soziologen W. Heitmeyer (Heitmeyer, W. 2003–2008: „Deutsche Zustände“). Demnach tendieren Men-

schen, die ihre eigene ökonomische und soziale Lage negativ wahrnehmen, sich vom gesellschaftlichen Wohlstand sowie von politischer Teilhabe ausgeschlossen fühlen, zu rechtsextremen Einstellungen. Im Hintergrund lässt sich eine einfache psychologische These entdecken, die Sündenbocktheorie (Allport, G.W. 1971: „Die Natur des Vorurteils“). Verkürzt umschrieben: „Mir geht es schlecht, aber die gesellschaftlichen Verhältnisse sind zu komplex oder die familiären Verhältnisse zu schmerzhaft, als dass ich sie reflektieren könnte. So schiebe ich alle Schuld auf andere, auf so genannte Sündenböcke“. Tatsächlich zeigen Fragebogenstudien, dass Menschen, die sich vor allem vom wirtschaftlichen Wohlstand ausgeschlossen fühlen, eher zu rechtsextremen Einstellungen tendieren als andere. Aber warum das so ist, erklärt sich nicht von selbst.

Die Sündenbockthese greift da zu kurz. Auch weist unsere Studie mit Gruppendiskussionen bundesweit darauf hin, dass es auf der gesellschaftlichen Ebene weniger um Desintegration geht. Vielmehr fiel ein allgemeiner gesellschaftlicher Normierungs- oder Anpassungsdruck auf, der auf allen Teilnehmenden lastete, auch wenn sie diesen nicht gegen „Fremde“ wendeten. Dieser Anpassungsdruck sorgt für eine Stigmatisierung derer, die der geforderten Norm nicht oder vermeintlich nicht entsprechen. Beispiele aus unseren Gruppendiskussionen sind massive Ressentiments gegen Gruppen

von „Ausländern“. Dabei wird auf die Migrantinnen und Migranten häufig das projiziert, in sie hineinverlegt, was beneidet wird. Sie würden von der Norm abweichen, und dabei gehe es ihnen besser als „uns“. Mit diesem „Wir“ ist eine Vorstellung von „uns Deutschen“ angesprochen, die auf eine Konstruktion der „deutschen Nation“ als „Blutsgemeinschaft“ verweist, die im 19. Jahrhundert entworfen wurde und vor allem im Nationalsozialismus ihre destruktive Wirkung entfaltete. Wir benötigen also auch historische Bezüge, um heutige Ressentiments zu begreifen.

Der Anpassungs- und Normierungsdruck hat eine paradoxe Wirkung: Einerseits droht dem Stigmatisierten der Ausschluss aus der „Wir-Gemeinschaft“. Andererseits droht ihm der gesellschaftliche Zugriff, z. B. wenn – wie in einer Diskussion geschildert – eine dörfliche Gemeinschaft einen Abweichenden „lynchen“ möchte. Somit beschreibt der häufig diskutierte Begriff der Desintegration nur einen Teil der Prozesse, die zu rechtsextremen Einstellungen führen können. Diese Bedingungen müssen nicht zwangsläufig zum Ressentiment führen. Auch wird nicht erklärt, welche Gruppen Opfer von Stigmatisierungen und Ressentiments werden. Ohne historische Bezüge kommt man hier nicht weiter.

Seit den 80er Jahren wurde, u. a. von W. Heitmeyer, bestritten, dass historische Bezüge wie der Nationalsozialismus für den heutigen Rechtsextre-

mismus von Bedeutung seien. Allerdings gehört bei organisierten Neonazis die Verherrlichung des Nationalsozialismus ganz explizit zum Programm. Allerdings „rechtsextreme Aktivitäten werden in vielen Forschungsansätzen nicht als symbolische Handlungen interpretiert, sondern unter allgemeine Erklärungsansätze gesellschaftlicher Problemlagen subsumiert, wie ‚Desorientierung‘ und ‚Desintegration‘. In gewisser Hinsicht entspricht dies einem Alltagsdenken, für das Aufmärsche und Gewalttaten auch nicht als symbolische Auseinandersetzung mit



dem Nationalsozialismus gelten, sondern auf habituelle Erklärungen wie ‚Alkohol‘ und ‚Langeweile‘ reduziert werden. Rechtsextreme Aktivitäten werden in ihrer gesellschaftlichen Relevanz jedoch erst verstehbar, wenn sie als Handlungen in ihrem Bedeutungsgehalt analysiert werden“ (Inowlocki, L. 2000: „Sich in die Geschichte hineinreden. Biographische Fallanalysen rechtsextremer Gruppenzugehörigkeit“).

Wie unsere Untersuchungen zeigen, trifft dies nicht nur für die rechtsextremen Handlungen zu. Vielmehr bedeutet die Ausblendung der NS-Vergangenheit für die Entstehung auch heutiger rechtsextremer Einstellungen, von ihrem Inhalt abzusehen. Dieser Verstehenshorizont ist jedoch für eine erfolgreiche politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen in Deutschland erforderlich.

Ich möchte nun mit einer zweiten These die Bedeutung der NS-Vergangenheit für den heutigen Rechtsextremismus beleuchten. Im Zuge des oben genannten Konzeptes der Desintegration wird häufig beschrieben, dass mit der Wahrnehmung von Wohlstandsverlust oder der Angst davor rechtsextreme Einstellungen verstärkt zum Ausdruck kommen. Doch erklärt sich dies nicht von selbst. Das Thema Wohlstand und dessen Verlust nahm einen großen Raum in den Diskussionen ein. Dabei wurde mehrfach die Erfahrung von Wohlstand im Kontext

biographischer Erfahrung im sogenannten Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit berichtet: Ein „Wohlstand für alle“ (Ludwig Erhard), der heute für viele wegzubrechen scheint. Gerade hierbei wird aber deutlich, was „darunter liegt“. So möchte ich eine These anreißen, die wir in Anlehnung an die Psychoanalytiker M. und A. Mitscherlich formuliert haben. Die beiden hatten in den 60er Jahren beschrieben, wie die deutsche Niederlage 1945 für viele Deutsche mit dem Verlust einer Größenphantasie einherging. Die Mehrheit der Mitläufer war in den Führer verliebt, und mit dem Verlust dieser Identifikationsfigur, dem Scheitern der Ideologie der „Herrenrasse“ und der Konfrontation mit den NS-Verbrechen hätte eine erhebliche narzisstische Kränkung die Folge sein müssen. Diese wurde aber nicht empfunden. Vielmehr hatte scheinbar der Wohlstand des Wiederaufbaus die Funktion einer narzisstischen Plombe. Wenn diese nun wegbröckelt, kommt wieder zum Vorschein, was unbearbeitet darunter lag: Das Gefühl der Kränkung, das mit z.T. heftigen Affekten von Neid und Wut einhergeht und einem Ressentiment gegen diejenigen, die den Wohlstand scheinbar haben.

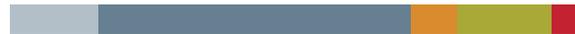
Nun liegt auf der Hand, dass die These der narzisstischen Plombe durch den Wohlstand für die ehemalige BRD, nicht aber für die DDR zutrifft. Wie lässt sich das starke Ausbrechen von Ressentiments in den letzten Jahren, vor allem gegen sogenannte

Ausländer, hier verstehen? Den neuen Bundesländern wurden von Helmut Kohl „blühende Landschaften“ versprochen – ein Versprechen, das für viele nicht eingelöst wurde. Bereits im Jahre 2007 bekamen wir häufig Ärger darüber zu hören, dass das Wohlstandsversprechen nicht erfüllt wurde, vielmehr in den letzten Jahren immer mehr Menschen sozialen Abstieg erleben oder befürchten müssen. Auch hier liegt Unbearbeitetes hinter dem Affekt, der sich nun vor allem gegen Migrantinnen und Migranten Bahn bricht.

Ich komme nun zur dritten These im Hinblick darauf, was einen Aspekt von Kontinuität seit dem Nationalsozialismus in der DDR angeht. Durch einen autoritär strukturierten Staat gefördert, konnte sich hier der Autoritarismus stärker als in der BRD halten: Dies lässt sich einmal belegen mit der Fragebogenstudie von 2006 (Decker O., Brähler E. 2006: „Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland“). Autoritäre Einstellungen waren in den neuen Bundesländern weiter verbreitet als in den alten. Diese äußern sich in der Forderung nach absolutem Gehorsam, nach dem Unterwerfen unter eine starke Autorität, z. B. der Forderung nach einem starken „Führer“ bei gleichzeitiger Abwertung des „Schwachen“. Ins Bild der „Radfahrermentalität“ gebracht: Nach oben buckeln, nach unten treten (Adorno et al. 1950: „The Authoritarian Personality“).

In unseren Gruppendiskussionen in Ostdeutschland wurde zum Teil rückblickend eine DDR-Vergangenheit idealisiert, in der noch „Kontrolle“ herrschte oder eine „anständige Ordnung“. Wir stießen auch auf Forderungen nach diktatorischen Regierungsformen sowie auf autoritäre Aggressionen gegenüber Schwächeren und auf Neid bzw. Wut auf diejenigen, denen es scheinbar besser geht. In den alten Bundesländern war dagegen offenbar der Antisemitismus weiter verbreitet als in der DDR. Allerdings ist in der neuesten Fragebogenstudie der Universität Leipzig leider der Trend festzustellen, dass der Antisemitismus auch in den neuen Bundesländern in den letzten zwei Jahren leicht angestiegen ist (Ost: 2006: 4,2%, 2008: 7,9% – West: 2006: 9,5%, 2008: 9,3%).

So möchte ich schließen mit dem Vorschlag, historische Bezüge in differenzierter Weise in die heutige Rechtsextremismusforschung und politische Bildung einzubeziehen. Eine Gleichsetzung von Nationalsozialismus und DDR jedoch führt zu Relativierungen der NS-Verbrechen und steht auch einer Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit im Wege.





Panel 1:

Der Umgang mit dem Erbe des Nationalsozialismus

Impulsreferat:

Öffentliche Erinnerungskultur in der Bundesrepublik

Dr. Jens Kroh,

Kulturwissenschaftliches Institut Essen

Der Schwerpunkt des Vortrags liegt auf dem öffentlichen Umgang mit Nationalsozialismus und Holocaust. An verschiedenen Stellen werden breitere gesellschaftliche Stimmungen und Einstellungen berücksichtigt. In Übereinstimmung mit dem Thema des Fachtags dienen zudem relevante Entwicklungen in Bezug auf rechtsextreme Parteien als Kontrastfolie. Insgesamt lassen sich vier Phasen der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus identifizieren:

1949 – 1961: Vor allem in den Anfangsjahren der Bundesrepublik wurde eine „Vergangenheitspolitik“

verfolgt, die Amnestien und eine Reintegration von NS-Mitläufern, aber auch Tätern beinhaltete. Folglich blieben „ungebrochene Karrieren“ in Justiz, Verwaltung, Polizei, Ärzte- und Wissenschaft an der Tagesordnung. Die eigene NS-Vergangenheit und Verantwortung wurde in der Öffentlichkeit nur selten diskutiert. Dieses „kommunikative Beschweigen“ (Hermann Lübbe) schloss jedoch nicht aus, dass sich die Nachkriegsgesellschaft als Opfer des Krieges wahrnahm, wie die Debatten um eine deutsche „Kollektivschuld“ zeigen. Der Historiker Norbert Frei hat gezeigt, dass die deutsche Seite den Alliierten unterstellte, alle Deutschen zu verurteilen, während in Großbritannien, Frankreich und den USA die „Kollektivschuldthese“ nicht handlungsrelevant war. Dies spricht dafür, dass deutsche Politiker, Kirchen und Bürger/-innen vielmehr selbst eine umfassende Entschuldung anstrebten.

Aufgrund ausländischen Drucks bemühte sich die Bundesregierung unter Konrad Adenauer zumindest öffentlich um eine klare Abgrenzung zum „Dritten Reich“. Dazu gehörten das Verbot der „So-

zialistischen Reichspartei“ sowie verschiedene Wiedergutmachungs- und Entschädigungsabkommen. Diese Abkommen fielen mit Ausnahme einer an Israel gezahlten Entschädigung aber eher zugunsten von Kriegsoffizieren und NS-Beamten aus. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass führende Politiker der Regierungskoalition den konservativen Widerstand des 20. Juli 1944 als „Ehrenrettung“ der Deutschen deuteten. Bei der Bevölkerung stieß das Datum und Ereignis bis Mitte der 60er Jahre jedoch auf Skepsis: Rund ein Viertel sah darin einen Verrat.



1961–1979: Der Gerichtsprozess gegen Adolf Eichmann steht für einen ersten Wandel in der Wahrnehmung der Judenvernichtung. Dem massiven internationalen Interesse entsprach auf nationaler Ebene eine umfassende Berichterstattung über den „Verwaltungsmassenmörder“ Eichmann, wie ihn Hannah Arendt in ihrem „Bericht über die Banalität des Bösen“ nannte. Es folgten mehrere Gerichtsprozesse auf deutschem Boden, u. a. der Frankfurter „Auschwitz-Prozess“. Sie mündeten jedoch in vergleichsweise milden Urteilen, da die Richter oft dem von Seiten der Angeklagten angeführten Befehlsnotstand folgten.

Als Meilenstein ist auch der kritische Umgang mit der NS-Vergangenheit deutscher Eliten durch die 68er-Bewegung zu deuten. Im Zuge der nunmehr kontinuierlichen Thematisierung der NS-Vergangenheit kam es jedoch auch zu einer Reihe vereinfachender Vergleiche zwischen BRD und NS-Regime. Seit 1961 haben sich zudem kulturell-didaktische Angebote zur Erinnerung der Opfer des Nationalsozialismus gehäuft. Die Judenverfolgung blieb aber in der Geschichtswissenschaft vorerst ein randständiges Thema. Parallel erzielte die 1964 gegründete NPD mehrere Wahlerfolge auf Landesebene und zog 1969 beinahe in den Bundestag ein. Ihr Zuspruch resultierte jedoch primär aus einer ver-

■ Konferenzpause

breiteten Unzufriedenheit mit der „Großen Koalition“ und der Angst des kleinbürgerlichen Mittelstandes vor der Studentenbewegung. Mit der öffentlichen Erinnerungskultur hatte dieser kurzfristige Erfolg dagegen wenig zu tun, wie die Verluste der NPD in den Folgejahren nahelegen.

1979 – 1998: Als wichtige Etappe auf dem Weg zu dem bis heute anhaltenden „Memory-Boom“ (Jay Winter) gilt die vierteilige TV-Serie „Holocaust“. Seither gab es zahlreiche intensiv geführte, öffentliche Debatten zu Nationalsozialismus und Holocaust (z. B. Bitburg-Kontroverse, Historikerstreit). Diese Kontroversen führten, wie das Beispiel der Wehrmachtausstellung zeigt, teilweise zu einer Mobilisierung der Rechtsextremen: Mit Demonstrationen versuchten sie, die Soldaten der Großelterngeneration pauschal gegen den Vorwurf eines verbrecherischen Kriegs in Schutz zu nehmen. Dagegen blieb die Ermordung der europäischen Juden für die öffentliche Erinnerungskultur der BRD zentral – nicht zuletzt aufgrund der Institutionalisierung des in der Öffentlichkeit häufig verkürzt als „Holocaust-Gedenktag“ bezeichneten Gedenkens an die Befreiung von Auschwitz-Birkenau am 27. Januar 1945.

1998 – heute: Wie lässt sich der Ermordung der europäischen Juden angemessen erinnern? Diese Frage stellte sich seit Ende des 20. Jahrhunderts wiederholt. Ob „Holocaust-Mahnmal“ oder „Walser-Bubis-Debatte“ – stets ging es auch darum, wie



■ Dr. Jens Kroh

der eigenen Verbrechen zu gedenken ist. Die Kontroversen führten zugleich vor Augen, dass andere Opfergruppen (z. B. Roma und Sinti, Behinderte oder Homosexuelle) im Schatten der jüdischen Opfer stehen.

Parallel wurden deutsche Opfernarrative salonfähig (z.B. Grass' „Im Krebsgang“, Friedrichs „Der Brand“). DVU und NPD, seit 1998 wieder erstarkt, machten sich die neue Stoßrichtung der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zunutze. Die Rede des NPD-Abgeordneten Jürgen Gansel vor dem sächsischen Landtag, worin er die Luftangriffe auf Dresden als „Bomben-Holocaust“ bezeichnet, ist ein Versuch zur Besetzung des Gedenkens an deutsche Opfer und der Aneignung von Vokabular aus dem Diskurs um die Opfer der Deutschen.

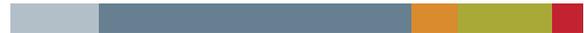
Der historische Abriss der Erinnerungskultur weist auf verschiedene Tendenzen hin:

1. Der Kreis derer, die sich mit Nationalsozialismus und Holocaust befassen und dafür interessieren, hat sich sukzessive erweitert.
2. Die Erinnerung wird heute kaum noch durch Zeitzeugen, sondern vorrangig von den Medien getragen. Parallel haben verschiedene Forscher/-innen gezeigt, dass das kognitive Wissen über historische Daten und Ereignisse bislang nicht dazu geeignet war, emotionale Bindungen so aufzubrechen, dass die Enkelgeneration die Einstellung und Funktion ihrer Großeltern im NS-Regime tatsächlich wahrnimmt.
3. Es ist dennoch wahrscheinlich, dass NS- und Holocaust-Vergangenheit auch weiterhin Eckpfeiler der offiziellen Erinnerungskultur sein werden. Dafür sorgen zahlreiche Denkmäler, Gedenkstätten

und Gedenktage. Allerdings ist nicht vorhersehbar, wie sich mit wachsendem zeitlichen Abstand die Akzeptanz dieser Erinnerung entwickeln wird. Hier ist durchaus Skepsis angebracht.

4. Denn repräsentative Umfragen haben gezeigt, dass bei vielen Bürger/-innen eine Abwehrhaltung besteht, sich mit der negativen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Sie führen eine Über sättigung an. Prekärerweise verfügt diese Befragten-Gruppe aber über die geringsten faktischen Kenntnisse über Nationalsozialismus und Holocaust.

Es zeigen sich jedoch nicht nur in Hinblick auf den Nationalsozialismus und Holocaust einige Leerstellen. Einer 2008 von Oliver Decker und Elmar Brähler durchgeführten Umfrage zufolge ist rund ein Drittel der Bundesbürger der Meinung, dass „die BRD durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet ist“. Bei aller Beschäftigung mit Nationalsozialismus und Holocaust sollten daher auch andere Dimensionen von Rechtsextremismus keinesfalls vergessen werden.



Impulsreferat:

NS-Vergangenheit in Ost und West. Tradierungsweisen und Sozialisation

Dr. Iris Wachsmuth,
FU Berlin

„... wenn wir zugestehen könnten, daß es seelische Regungen gibt, welche so spurlos unterdrückt werden können, daß sie keine Resterscheinungen zurücklassen. Allein, es gibt sie nicht. Die stärkste Unterdrückung muß Raum lassen für entstellte Ersatzregungen und aus ihnen folgende Reaktionen. Dann dürfen wir aber annehmen, daß keine Generation imstande ist, bedeutsamere seelische Vorgänge vor der nächsten zu verbergen.“ (Freud 1912: „Totem und Tabu“)

Familienbiographische Analysen von Drei-Generationen-Familien in Ost- und Westdeutschland geben Auskunft darüber, wie die Großelterngeneration ihre Erlebnisse und Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus an die nachfolgenden Generationen weiter tradiert und inwiefern die Handlungsmuster der zweiten und dritten Generation dadurch beeinflusst wurden (Wachsmuth, I. 2008:

„NS-Vergangenheit in Ost und West. Tradierung und Sozialisation“). Die vermeintlich private Familiengeschichte wird selten in Verbindung mit der großen Geschichte gedacht. Woran liegt das?

Zum einen begreifen sich die Großelterngenerationen selber als Opfer bzw. als nicht Mitverantwortliche für das NS-Regime und seinen Vernichtungskrieg. Zum anderen war diese Blickrichtung – die Verflechtung von vermeintlich Privatem und offiziell Historischem – in öffentlichen Debatten und pädagogischen Instanzen über die Jahrzehnte hinweg in Ost- und Westdeutschland eine tabuisierte Leerstelle. Inzwischen ist die deutsche Mehrheitsgesellschaft, aus der die breite Gruppe der Unterstützer des Regimes kommt, in den Mittelpunkt der Analyse gerückt.

Mit „Unterstützer/-innen“ meine ich im weitesten Sinne Familien, die zur damaligen „Volksgemeinschaft“ gehörten und die mehr oder weniger eingebunden und identifiziert waren in dem ideologischen und moralischen Setting des Nationalsozialismus. Dazu gehören auch Familien, in denen sich einzelne Familienmitglieder teilweise oppositionell zum Regime verhielten oder auch NS-Funktionsträger waren. Entscheidend für die deutsche Mehrheitsgesellschaft ist, dass die nachfolgenden Generationen über die Einbindung von Familienmitgliedern in die Kriegs- und Vernichtungsmaschinerie kaum etwas wissen.



■ Dr. Iris Wachsmuth

Ohne Aneignung der negativen Familiengeschichte bleiben aber auch die Erfahrungen der Opferfamilien abstrakt bzw. unverbunden mit der eigenen Familiengeschichte, die teilhatte an der Verfügungsgewalt über die definierten Opfergruppen.

Die Dichotomisierung der Gesellschaft in ein „Wir“ und „die anderen“ bleibt somit auch in den nachfolgenden Generationen weiter bestehen (vgl. etwa Inowlocki, L. 2000: „Sich in die Geschichte hineinreden. Biographische Fallanalysen rechtsextremer Gruppenzugehörigkeit“ und Köttig, M. 2004: „Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen“). Die heiklen Berührungen oder Involviertheiten mit dem verbrecherischen System werden intergenerationell nicht oder nur in entkontextualisierten Bruchstücken kommuniziert. So tauchen in den Narrationen der nachfolgenden Generationen vor allem Vermutungen bzw. Fragmente über die Familiengeschichte auf. Die einzelnen Familienmitglieder sind dabei in spezifische familiäre Loyalitätsstrukturen eingebunden, die mit Sprech- und Fragetabus sowie mit Familiengeheimnissen einhergehen.

Das bedeutet, dass die nachfolgenden Generationen aktiv an der jeweiligen Konstruktion einer Familiengeschichte und somit auch an den unterschiedlichsten Normalisierungsstrategien, die mit einer Entpolitisierung der eigenen NS-Vergangenheit einhergehen, mitwirken. Dabei sind Erinnerungen und Erzählungen in milieu- und geschlechtsspezifische Inhalte und Formen verwoben. Zwischen Müttern und Töchtern sowie Vätern und Söhnen verlaufen spezifische Identifikations-, Projektions- und Abgrenzungsverhältnisse, die im Rahmen weiblicher

bzw. männlicher Sozialisationen den Umgang mit Erinnerung und Vergessen, Ausblendungen und Auseinandersetzung prägen.

Zwei Ebenen der Tradierung stehen dabei im Fokus: die manifeste Familiengeschichte im Nationalsozialismus und die latente der Familienaufträge. In erster Linie sind Familienaufträge, die ich auch als Delegationen bezeichne, intergenerationale Übertragungen, die unbewusst biographische Hand-

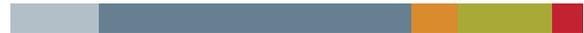
lungsweisen aus dem „Familienprogramm“ erzeugen. Sie können auch Generationen „überspringen“, wirken latent weiter und werden dann von nachfolgenden Generationen bearbeitet. Ein Familienauftrag muss nicht zwangsläufig unbewusst sein, sondern kann auch als solcher von Familienmitgliedern benannt werden. Entscheidend ist, dass die Qualität der manifest tradierten Familiengeschichte die Art und Weise der Familienaufträge bestimmt.



Auch bildet der Umgang mit der Familiengeschichte das Fundament für die Art und Weise, wie die öffentliche und offizielle Geschichtserinnerung angeeignet wird (vgl. Leonhard, N. 2002: „Politik- und Geschichtsbewusstsein im Wandel. Die politische Bedeutung der nationalsozialistischen Vergangenheit im Verlauf von drei Generationen in Ost- und Westdeutschland“). Verschwiegene, Vermutungen und Tabus führen in der dritten Generation zu unterschiedlichen Suchbewegungen bzw. zur kompletten Trennung von entpolitisierter Familiengeschichte auf der einen und angeeignetem Wissen über die Geschichte auf der anderen Seite. Die familiengeschichtlichen emotionalen Leerstellen werden über andere „Schauplätze“ ausagiert: rechts- und linksextreme Orientierungen, mit „Sühnezeichen“ nach Israel, Erfolg in der Konsum- und Leistungsgesellschaft, politisch-kirchliches Engagement oder theologische Beschäftigungen mit Fragen nach Verantwortung der Kirche. Möglicherweise verstärkt sich die Beziehung zum Schutzraum der „privaten“ Herkunftsfamilie im Kontext zunehmenden (öffentlichen) Wissens um den Nationalsozialismus und seine Verbrechen. Dabei spielt für die dritte Generation auch die als problematisch empfundene nationale, deutsche Identität eine Rolle, zu der sich positioniert werden muss.

In den Tradierungsmustern der manifesten Familiengeschichte im Nationalsozialismus sind zunächst

keine grundsätzlichen ost- bzw. westspezifischen Unterschiede auszumachen. Sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR gehörten offene Gespräche nicht zur familiären Kommunikation. In beiden deutschen Nachfolgestaaten haben sich die Großelterngenerationen (mit Ausnahme von oppositionell eingestellten Familien) nicht als Mitverantwortliche für den Nationalsozialismus verstanden. So sind die komplexen Wirkungszusammenhänge von rechtsextremen Orientierungen nur sowohl aus biographischen Prozessen und der Familienvergangenheit als auch aus dem milieu- und geschlechtsspezifischen Kontext zu begreifen. Die reflexive Bearbeitung der familiären Vergangenheit kann ein Sich-bewusst-Werden der sozialen, politischen und (familien-)historischen Qualität individueller Lebenszusammenhänge ermöglichen und ist auch eine Chance für sozialpädagogische Interventionen.



Impulsreferat:

Der Antifaschismus in der DDR

Dr. Thomas Ahbe

Sozialwissenschaftler und Publizist, Leipzig

Der Antifaschismus-Diskurs in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR verwies von Anfang an auf die Möglichkeit und den moralischen Wert des Widerstands gegen den Nationalsozialismus. Insofern war er ein Diskurs der Minderheit der Gegner des Nationalsozialismus, welcher die Bevölkerungsmehrheit mit dem Ausmaß der nationalsozialistischen Verbrechen und ihrer Mitverantwortung konfrontierte. Zugleich machte dieser Antifaschismus schon 1945/46 ein Entschuldungs- und Integrationsangebot: Wer sich mit der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ in der SBZ und frühen DDR oder später dann beim Aufbau des Sozialismus identifizierte, konnte so ins „Lager des Fortschritts“ der Geläuterten oder gar Unschuldigen gelangen. Dementsprechend stark unterschied sich auch der für den Wiederaufbau erforderliche reintegrierende Gründungsmythos der ostdeutschen Nachkriegsgründung von der reintegrierenden, antikommunistisch-antitotalitären Leit-Erzählung der westdeutschen Nachkriegsgründung.

Die ostdeutsche Leit-Erzählung erklärte den neuen Staat und seine Bürger/-innen zu Traditionsträgern des Jahrhunderts währenden „welthistorischen Ringens um gesellschaftlichen Fortschritt“ sowie des Kampfes gegen „Imperialismus, Militarismus und Krieg“. Der „Kampf gegen den Faschismus“, aus dem man mit Hilfe der Sowjetunion als „Sieger“ hervorgegangen war, bildete demgemäß die schlimmste und letzte Phase.

Der Antifaschismus-Diskurs war eine der wichtigsten Legitimierungs-Säulen der DDR. Er war das zum einen, weil zur politischen und intellektuellen Elite des Ostens viele Gegner des Nationalsozialismus gehörten, die nun auf Basis ihrer Gruppenerfahrungen und Wertvorstellungen das Projekt eines anderen Deutschlands realisieren wollten. Er war das zum anderen, weil die ostdeutsche Diktatur ihre Legitimität viel stärker aus einer historisch verankerten Leit-Erzählung und einem Diskurs über die nationalsozialistischen Verbrechen her bezog als die westdeutsche Nachkriegsgründung.

Insofern wurden in Ostdeutschland die nationalsozialistischen Verbrechen sehr rasch, drastisch, detailliert und dauerhaft thematisiert – insbesondere die in Osteuropa. Hier galt der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, der Völkermord an der slawischen und jüdischen Bevölkerung als „größtes Verbrechen des deutschen Faschismus“. Andere Verbrechen der Nationalsozialisten, deren Themati-

sierung für die Legitimierung der DDR, des Sozialismus und des Kampfes gegen „Revanchismus und Imperialismus“ nicht so passfähig waren, blieben – zum Teil bis zum Ende der DDR – ausgeblendet.

Das waren beispielsweise die Repression des religiös, bürgerlich oder sozialdemokratisch orientierten Widerstandes, die Verfolgung von Homosexuellen, Behinderten und „Asozialen“ sowie von Sinti

■ Dr. Thomas Ahbe



und Roma. Ein gravierendes Defizit war es auch, dass die DDR-Geschichtsschreibung weder darstellte, wie Millionen von Menschen gegen die Juden eingenommen wurden, sich gegen sie aufhetzen ließen oder sich zumindest ihrem Schicksal gegenüber teilnahmslos verhielten, noch eine Gesamtdarstellung der Entrechtung, Beraubung und Ermordung der europäischen Juden vorlegen konnte.

Als geschichtspolitischer Diskurs begann der DDR-Antifaschismus schon in den 50er Jahren zu versteinern. Die Erinnerung an die Opfer sowie den Kampf gegen den Nationalsozialismus wurde von der Vielfalt der Orte und Akteure abgelöst, universalisiert und in abstrakteren politischen Symbolen oder Figuren präsentiert. Damit wurde der DDR-Antifaschismus erstens für seine legitimatorische Aufgabe passfähiger. Zweitens erleichterte die um Namen, Tatorte, Adressen und DDR-Folgebiographie bereinigte, antifaschistische Erzählung die ehemaligen Volksgenossen und die gesamte Gesellschaft um die quälenden – oder beim „sozialistischen Aufbau“ auch störenden – Fragen nach Schuld und Sühne. Das führte dazu, dass sich viele Ostdeutsche ohne Brüche in ihrer bisherigen politischen Mentalität mit dem antifaschistischen Selbstverständnis des Staates identifizierten oder sich damit zumindest arrangierten. Und drittens bot die entkonkretisierte, antifaschistische Erzählung den Kämpfern, Gegnern und überlebenden Opfern bzw. den Nach-

fahren der Opfer immer noch genügend Anknüpfungspunkte für die Traditionspflege und ermöglichte es dieser Gruppe, in den Ritualen die Zeichen staatsoffizieller Wertschätzung zu erkennen.

Trotz des oben beschriebenen selektiven und instrumentalisierten Bezugs auf die nationalsozialistische Vorgeschichte war jegliche neutrale Bezugnahme auf den Nationalsozialismus – etwa auf technische Leistungen dieser Zeit oder gar die Rede von den „guten Seiten des Dritten Reiches“ – geächtet. So erschienen in der DDR keine Landserhefte und andere einschlägige Printmedien, es gab keine Veranstaltungen von Wehrmachts-Kameradschaften, und niemand konnte seine Orden aus dieser Zeit öffentlich tragen. Bekenntnisse zu dieser Zeit des Nationalsozialismus waren in der Öffentlichkeit hochriskant und in die Privatheit verbannt.

Die bis hier beschriebene Konstellation führte dazu, dass der Antifaschismus in der ostdeutschen Gesellschaft ebenso allgegenwärtig wie rigide war. Man konnte sich ihm nicht entziehen, war zumindest zu einem äußerlichen Bekenntnis genötigt und hatte wenig Chancen, andere Aspekte oder Differenzierungen in den Antifaschismus-Diskurs einzubringen. Das Politikum „Antifaschismus“ brachte es auch mit sich, dass der DDR-Staat mit nichts stärker provoziert werden konnte als mit Nazi-Symbolen und -Sprüchen. Hakenkreuzschmierereien wurden nach der Entdeckung sofort – auch nachts – über-



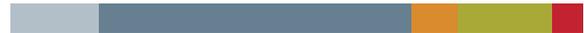
malt und waren immer Anlass für Ermittlungen der Staatssicherheit. In den späten 80er Jahren gab es oft genug Anlass hierzu.

Darüber hinaus hatte sich im „antifaschistischen Staat“ eine kleine rechtsextrem-antikommunistische Szene herausgebildet. Einer der Gründe dafür war, dass die nach 1970 geborenen Ostdeutschen von dieser Art Antifaschismus nicht mehr erreicht wurden. In seiner Funktion als Legitimations-Diskurs stand sich der DDR-Antifaschismus in seiner anderen Funktion, nämlich zeitgemäße Formen des Gedenkens und der Aufarbeitung nationalsozialistischer Vorgeschichte zu entwickeln, selbst im Weg. In einer geheimgehaltenen Studie stellte das Zentralinstitut für Jugendforschung fest, dass „bei vielen (Jugendlichen) ungenügend entwickelte emotionale Beziehungen in Form von mangelnder Betroffenheit sowie Unsicherheiten und Unklarheiten bei der unmittelbar persönlichen Faschismusbewältigung“ zu konstatieren sind. Vielmehr überwiege „ein pragmatischer, distanziert-beobachtender Standpunkt. ... Die Frage nach der persönlichen Verantwortung wurde dagegen kaum gestellt.“ Als einer der Gründe hierfür führten die Forscher solche für den DDR-Antifaschismus typischen Konstrukte wie „Sieger der Geschichte“ oder „Stunde Null“ an.

Auf die aktuellen Probleme, die die letzten DDR-Generationen mit der diktatorischen Machtausübung in der DDR hatten, konnte der alternde DDR-

Antifaschismus nur noch die alten ritualisierten Antworten geben. Als volkspädagogischer Diskurs wurde er damit immer unglaubwürdiger, ineffizienter und bisweilen auch kontraproduktiv.

1989/90 ging der DDR-Antifaschismus als machstützender und machtgestützter Diskurs unter. Zugleich wurde seine Geschichte Gegenstand scharfer Auseinandersetzungen. Hierbei bildeten sich zwei Mythen. Der erste war der vom erfolgreichen, von allen Generationen und Schichten der DDR-Bevölkerung gleichermaßen angenommene Antifaschismus. Der zweite Mythos war der vom missbrauchten Antifaschismus, welcher niemals mehr als eine Fassade für die DDR-Diktatur gewesen sei und auf die Bevölkerung bestenfalls eine entlastende, aber keine aufklärende und zivilisierende Wirkung gehabt hätte. Beide Mythen stützen die eine oder andere Form von ostdeutschen und westdeutschen Identitäten – und das dürfte auch die Intensität erklären, mit der sie verteidigt worden sind.



Podiumsrunde zum Panel 1

Der Umgang mit dem Erbe des Nationalsozialismus

Moderatorin:

Ulrike Schmiegelt, Deutsche Kinemathek Berlin

Es diskutieren:

Dr. Jens Kroh, Dr. Iris Wachsmuth, Dr. Thomas Ahbe

■ Moderatorin Ulrike Schmiegelt:

Für die jetzige Diskussion könnte man überlegen, welche Schlüsse aus den bisher gehörten Beiträgen ganz konkret gezogen werden könnten. Was mir besonders auffällt, ist die Unterschiedlichkeit der Begriffe – für die BRD wird immer der Begriff „Erinnerung an den Nationalsozialismus“ verwendet, hier kommt der Begriff „Faschismus“ nur in linken Zusammenhängen vor; während in der DDR meist der Begriff „Antifaschismus“ benutzt wurde, wie es auch vorwiegend um den „antifaschistischen Widerstand“ ging.

■ Frage aus dem Publikum:

Frau Wachsmuth, Sie sprachen von einem Ausagieren von Leerstellen der dritten Generation und davon, was unbewusst intergenerationell tradiert wird.

Sie sagten, dass Sie dies in links- und rechtsextremen Zusammenhängen ausmachen. Setzen Sie das gleich? Und habe ich richtig verstanden, dass Sie Aktivität in zivilgesellschaftlichen Projekten als ein solches Ausagieren verstehen?

■ Dr. Iris Wachsmuth:

Mit Leerstellen meine ich Ohnmachtsgefühle und Dinge, die als tabuisierte Erinnerungsspuren und Elemente existieren. Wo die nachfolgende Generation Widerstände bemerkt und nicht weiter nachfragt. Dazu habe ich eine qualitative Studie gemacht, etwas verallgemeinert natürlich, allein schon deswegen, weil jede einzelne Familie Teil gesellschaftlicher Wirklichkeit ist. Dennoch gibt es sieben bis acht unterschiedliche Typen, zum Beispiel die „tabuisierte“, die „geheimnisvolle“ oder die „widerständige“ Familiengeschichte. Mein Beispiel bezieht sich auf eine Person der dritten Generation, die aufgrund von extrem vielen Leerstellen nicht weiß, dass die Familie aus Posen kam, die Großmutter kurz vor Lodz auf einem Rangierbahnhof gearbeitet hat und dort täglich mit jüdischen Menschen und Deportationen Kontakt hatte. Das weiß die zweite Generation nicht, sie wissen auch nichts von der ersten Flucht aus Posen und der zweiten Flucht aus der DDR kurz vor dem Mauerbau. Diese Dinge wurden nie kommuniziert und alles, was die dritte Generation sagt, war: „Ich durfte da nicht nachfragen,



■ Dr. Martina Weyrauch

ich musste sie schonen“. Erst das Jahr 1989 hat diesem Menschen einen emotionalen Aufbruch gebracht, der sich dann als „deutsche Euphorie“ und „nationale Aufbruchsstimmung“ auswirkte, die wiederum mit rechter Orientierung einherging. Diese Person war vier Jahre lang rechtsextrem, hat sich schließlich zum anderen Extrem orientiert und ist Linksextremist geworden. Bei diesem Menschen ging es immer um Gewalt und Grenzen. Das ist nur ein Beispiel.

■ **Frage aus dem Publikum:**

Es handelt sich bei Ihrem Beispiel also um einen individuellen Fall und nicht um eine Gleichsetzung. Fassen Sie dieses Ausagieren so weit, dass es keinen Unterschied mehr macht, ob man quasi „blind“ ausagiert, also in einem rechtsextremen Zusammenhang destruktiv und gewalttätig handelt, oder ob man unbekannte Familiengeschichte und Leerstellen aufarbeiten kann, indem man z. B. in zivilgesellschaftlichen Projekten tätig ist und darüber reflektiert?

■ **Dr. Iris Wachsmuth:**

Genau. Ich meinte das nicht wertend. Ich bin selbst dritte Generation und mein politisches Engagement ist womöglich auch ein „Familienauftrag“, etwas, das es in meiner Familie so nicht gab. Es gibt „Familienaufträge“, die sind latent. Die können extre-

mistisch sein oder eine politische Auseinandersetzung verlangen. Ich wollte damit nur deutlich machen, dass es einen Zusammenhang zwischen Sinn, Strukturen und biografischen Handlungsmustern gibt. Das geht bis hin zur Partnersuche. Das ist ein sehr komplexes Thema, das nicht auf den Nationalsozialismus reduziert werden kann. Es gibt ja auch andere Tabus, wie zum Beispiel ein uneheliches Kind oder sexuellen Missbrauch.

■ Frage aus dem Publikum:

Mich interessiert das Verhältnis zwischen der privaten und der öffentlichen Erinnerung, weil wir in der öffentlichen Erinnerungsarbeit mit privaten Familiengeschichten auch immer eine Art „unsichtbaren Gegner“ haben. Es ist für uns sehr schwierig, mit diesen mächtigen Wirkungsweisen umzugehen und sie einzubinden. Ich möchte Herrn Kroh fragen, was Sie mit einer kleiner werdenden Diskrepanz zwischen der öffentlichen und der privaten Erinnerungsarbeit meinen. Ich habe dieses widersprüchliche Nebeneinander der beiden Diskurse anders wahrgenommen.

■ Dr. Jens Kroh:

Ich meinte das hauptsächlich in Bezug auf die Vertreibungsgeschichte und die Zunahme deutscher Opfernarrative im öffentlichen Diskurs. Dass sich also die Hemmungen, bezogen auf den Nationalsozia-

lismus, auf die jüdischen und anderen Opfergruppen der Deutschen, auf die bisherige Unvereinbarkeit, verabschieden und jetzt eher durch die Thematisierung der „eigenen“ Opfer ersetzt werden und der älteren Generation die Möglichkeit geben, ihre Narrative an die jüngere Generation zu vermitteln. Ich denke auch, man kann nicht vorhersagen, wie sich die private und die offizielle Erinnerungskultur in fünf bis zehn Jahren entwickeln werden vor dem Hintergrund, dass die älteste Generation der Zeitzeugen allmählich verstirbt.

■ Dr. Iris Wachsmuth:

Ergänzend möchte ich sagen, dass es inzwischen einige familienbiografische Auseinandersetzungen gibt, von z. B. Katrin Himmler oder der Film von Ludin. Ich denke, die Diskrepanz wird geringer. Es gibt nicht nur ein öffentliches Bewusstsein und private Familiengeschichte, sondern immer mehr Menschen, die das Bedürfnis haben, zu sprechen und ihr Erbe zu erforschen und nach Möglichkeit auch noch die Großeltern zu befragen. Und noch ein wichtiger Punkt: Wenn ich aus einer Familie komme, in der darüber geredet wird, was die Familie damals im Nationalsozialismus getan hat, beginnt das Kind in der dritten Generation an einem ganz anderen Ausgangspunkt über die öffentliche Erinnerungskultur nachzudenken oder zu reflektieren als jemand aus einer komplett „unbescholtenen“ Familie, in der kei-

ne Fragen gestellt wurden. Hier noch eine Anmerkung zum Film des Dokumentarfilmers Malte Ludin. Er ist Sohn eines NS-Kriegsverbrechers, der in der Tschechoslowakei hingerichtet worden ist. Er ist im Glauben aufgewachsen, sein Vater sei als Held gefallen. Dieser Glaube ist ihm von seiner Mutter und den älteren Schwestern eingetrichtert worden, und er hat in einem wirklich sehr schmerzhaften Prozess seine Familie interviewt und dokumentarisch festgehalten. Dieser Film ist sehr wichtig, weil deutlich wird, was passiert, wenn Familiengeschichte öffentlich gemacht wird. Zweitens zeigt er, dass es möglich ist, sich der Familientradition entgegenzustellen, dass das aber auch eine hohe intellektuelle Leistung verlangt und natürlich emotional sehr schmerzhaft ist. Das ist etwas, das Sie für Ihre Arbeit vielleicht auch direkt nutzen können.

■ Frage aus dem Publikum:

Es geht ja hier um Geschichte. In der Bundesrepublik wurde das Thema des Widerstandes und der Verfolgten dieses Widerstandes überhaupt nicht behandelt. Das ist bis heute so. Aber gehört dieses „Nicht-Behandeln“ des Politischen, des Arbeiterwiderstandes auch zu dieser Asymmetrie, dieser Parallelgeschichte? Meine andere Frage ist die, dass es nach der Befreiung vom Faschismus in der späteren BRD ein Widerstandsvermächtnis gab, das seinen Ausdruck gefunden hat zum Beispiel im Ahlener

Programm der CDU oder auch in den Verfassungen verschiedener Landtage. In den Vorträgen heute wurde für mich nicht beantwortet, wo Sie die Ursache dafür sehen, dass es nur bei diesen Erklärungen geblieben ist und sie sich nicht weiter ausgewirkt haben.

■ Dr. Thomas Ahbe:

Das ist ja eine ziemlich globale Frage. Ihre erste Frage nach der Negierung des politischen Widerstandes würde ich für die Geschichtsschreibung der Bundesrepublik bestätigen, hier wurde dieses The-

■ Vertreterinnen und Vertreter des Beratungsnetzwerkes Bayern



ma erst sehr spät behandelt. Ein einfacher Test hierfür wäre die Bedeutung des Begriffs „Widerstand“. In den 50er, 60er und vielleicht noch in den 70er Jahren bezeichnet „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ in der alten BRD lediglich den alten, konservativen, militärischen Widerstand und ist eine wichtige, traditionsbildende Linie. In der DDR bedeutet der Begriff Widerstand den politischen Widerstand, der natürlich überformt war durch die diktatorischen Zugriffe auf die Geschichtsschreibung, also den politischen Widerstand unter Führung der Kommunisten. Ich überzeichne jetzt. Aber grundsätzlich waren es zwei unterschiedliche Perspektiven. Zu Ihrer zweiten Frage nach dem Widerstandsvermögen: Ich habe die Vorstellung, dass das Thema Nationalsozialismus der ostdeutschen Bevölkerung aufgezwungen worden ist. In Westdeutschland gab es relativ freie Medien, in denen sich das widergespiegelt hat, was die Bevölkerung wollte, nämlich, sich damit nicht beschäftigen zu müssen. Es gibt auf die DDR bezogen auch den Begriff „Erziehungsdiktatur“. Ich denke, man muss diese zwei Dinge auseinanderhalten. Das eine ist eine sozusagen diktatorische Art, die Menschen mit dem Thema Nationalsozialismus zu konfrontieren. Das hat verschiedene Ergebnisse getätigt, die man empirisch messen kann. Es gibt interessante Aufsätze zum Beispiel von Axel Schildt, der konstatiert, dass es in den 50er Jahren kein „Beschweigen“ des Na-

tionalsozialismus gab. Es wurde stattdessen ständig über die „guten Seiten des Nationalsozialismus“ gesprochen, ein eher „geschwätziges Verdrängen“. In der DDR hätte es dieses Bedürfnis sicher auch gegeben, sich nostalgisch damit zu beschäftigen, aber es war verboten durch die „Erziehungsdiktatur“. Das wäre meine Antwort darauf, wieso es in der DDR nicht so geworden ist, obwohl die Bedürfnisse in den beiden Gesellschaften gleich waren. Die gesellschaftlichen Strukturen haben in der einen Gesellschaft das Ausleben dieses Bedürfnisses mehr ermöglicht als in der anderen Gesellschaft.

■ **Moderatorin Ulrike Schmiegelt:**

Vielleicht ergänzt Herr Kroh noch etwas zum Thema Widerstand und Erinnerung in der Bundesrepublik?

■ **Dr. Jens Kroh:**

Ich hatte in meinem Vortrag versucht zu zeigen, dass selbst der konservative Widerstandsbegriff lange Zeit, bis in die 60er Jahre, nicht konsensfähig war. Ich würde das auch auf eine Art „Bewusstseinslage“ zurückführen. Eine kollektive Unsicherheit, dass ein anderes Verhalten prinzipiell möglich ist. Dass es für die Mehrheit aber leichter war zu glauben, dass eben kein Widerstand möglich war. Darauf haben sich viele bezogen, der Befehlsnotstand ist dafür ein Begriff. Und ein dritter Punkt: Bis 1966 gab es nur CDU-geführte Regierungen, die



■ Ulrike Schmiegelt, Dr. Iris Wachsmuth
und Dr. Jens Kroh (v.l.n.r.)

kein besonders großes politisches Interesse gehabt haben dürften, einen anderen politischen Widerstand als den konservativen zur Geltung zu bringen. Wenn man die Studie von Harald Welzer „Opa war kein Nazi“ liest, merkt man, dass die jüngste Generation es ganz gut schafft, selbst bei Großeltern, von denen sie wissen, dass sie Nazis waren, sie als solche auch wahrzunehmen. Da entsteht keine Lücke, keine Leerstelle, weil es keine Erinnerung an den Widerstand gibt.

■ Frage aus dem Publikum:

Frau Wachsmuth, Sie arbeiten in Ihrer Studie mit einem Drei-Generationen-Modell, wobei ich denke, dass man diese erste Generation auch im Kontext auf Beratung noch differenzieren müsste. Sie war ja nicht nur eine reine Tätergeneration. Wir haben eine eigene Studie mit jugendlichen Rechten und ihren Eltern und der Ausbildung einer rechtsextremen Einstellung gemacht. Da waren die Anmerkungen zur ersten Generation sehr interessant: Hier wurde ganz konkret von rechten Jugendlichen berichtet, wie sie fasziniert waren, als die Großeltern, die nicht unbedingt Nazis waren, gesagt haben: „Wir hatten Werte, Gemeinschaft, große Erlebnisse – all das habt ihr nicht“. Das hatte dann zur Folge, dass einige rechte Jugendliche szenisch nachgestellt haben, was der Opa erzählt hat. Hier geht es darum, nicht zu sehr diese Dichotomisierung in Täter- und Opferschaft in einer Familientradierung anzuschauen, sondern welche Jugendbilder generiert werden und bei gefährdeten Jugendlichen auf fruchtbaren Boden fallen.

■ Dr. Iris Wachsmuth:

Danke, das ist kein Widerspruch zu meiner Arbeit. Ich habe das nur nicht so ausdifferenziert. Ich habe auch bei der Hitlerjugend-Generation erlebt, dass Männer und Frauen glänzende Augen bekamen, als sie das erzählten. Das ist verständlich, denn es war

ihre Jugendzeit und sie waren begeistert, als sie das erste Mal eine Nacht „draufgemacht“ haben. Das würde jedem so gehen, der in so eine Organisation kommt. Da kann man die Dimension und Instrumentalisierung noch gar nicht begreifen. Aber ich finde auch, dass diese Generation es meistens nicht einbettet oder sich davon distanziert, wenn sie das ihren Enkeln erzählt. Diese Emotion und Begeisterung kommt stattdessen ungebrochen rüber. Und das ist der Knackpunkt. Ich finde, man kann es den Leuten nicht wegnehmen, aber es wird oft nicht reflektiert und kontextualisiert. Obwohl wir seit 50 Jahren eine ziemlich ausdifferenzierte Erinnerungskultur haben.

■ **Frage aus dem Publikum:**

Herr Ahbe, Sie haben vom Antifaschismus in der DDR als „versteinert, entkonkretisiert und ritualisiert“ gesprochen, was ich auch mit einem Normierungsdruck verbinde. Wie würden Sie solch einen ritualisierten und entkonkretisierten Umgang mit Geschichte in Verbindung setzen bei einer individuellen Auseinandersetzung mit der Verfolgung der Juden?

■ **Dr. Thomas Ahbe:**

Die Entkonkretisierung und Ritualisierung des Antifaschismus-Diskurses in der DDR begann zunehmend zu einem Defizit zu werden. Denn in dieser

Form konnte der Antifaschismus seine Botschaften nicht mehr an die Leute bringen. Man kann sagen, dass die Aufbaugeneration und die Generation danach von dieser Form noch gut erreicht worden sind, die nächsten Generationen aber nicht. Das hängt auch damit zusammen, dass sich das Bedürfnis nach Geschichtspolitik und -aufarbeitung geändert hat. So wie das in den 50er Jahren vermittelt werden konnte, ging das in den 70er und 80er Jahren eben nicht mehr. Die von mir bereits erwähnte Studie hat bestätigt, dass die Leute nicht mehr persönlich betroffen und persönlich angesprochen waren, durch diese Art den Antifaschismus zu vermitteln.

■ **Frage aus dem Publikum:**

Ich wollte noch mal zu der vorhin aufgeworfenen Frage zurückkommen, nämlich dass sich in der Frühzeit der Bundesrepublik starke Stimmen sehr kritisch zum Nationalsozialismus geäußert haben. Was mir fehlt, ist hier der Kalte Krieg. Er hat natürlich dazu geführt, dass diese asymmetrische Auseinandersetzung sich in den beiden deutschen Nachkriegsstaaten ausbilden konnte. In der Bundesrepublik konnten sich mit Zustimmung der Alliierten ehemalige Nazis und Funktionäre wieder etablieren. Es war nur wichtig, dass sie gute Anti-Kommunisten waren, und auch ein Konrad Adenauer konnte 1952 noch öffentlich sagen, dass er die Wiedergut-

machung nur gemacht hat wegen der „Macht der Juden in der Welt“. Daran hat niemand Anstoß genommen. Das sollte man nicht vergessen, aber leider ist die Kenntnis der ersten 20 Jahre der Geschichte der Aufarbeitung schrecklich defizitär.

■ Frage aus dem Publikum:

Ich vermisse hier eine politische Perspektive, in der die Machtstrukturen der Bundesrepublik beleuchtet werden. Es bleiben wirkliche Leerstellen übrig. In Bayern gab es den Dr. Maunz, einen strammen NS-Juristen, der Kultusminister war und mit am Grundgesetz geschrieben hat. Und dem vom späteren Bundespräsidenten Herzog geholfen wurde, als die Frage nach seiner Vergangenheit gestellt wurde. Diese Kontinuitäten spielen hier keine Rolle. Dieser Herr Maunz hat Jahrzehnte lang mit Dr. Frey von der DVU zusammen gearbeitet und unter Pseudonym in der Nationalzeitung geschrieben. Er hat zusammen mit Dr. Seidel, dem bayerischen Innenminister, der ebenfalls schon Nazis verteidigt hatte, die Satzung der DVU geschrieben. Und es ist derselbe Dr. Maunz, der die Befreiungsvorschriften für obsolet erklärt hat. Hätten wir diese Befreiungsvorschriften, dann wäre das Problem des Rechtsextremismus nicht in dieser Größe da. Das ist eine Leerstelle. Man muss auch davon sprechen. Sonst kann man nicht verstehen, wie hier Mentalitäten aufrechterhalten und andere unterdrückt wurden. Erinnern Sie

sich an prominente Fälle wie die Gingolds in Frankfurt, jüdische Kommunisten aus einer Arbeiterfamilie, die in der Resistance gekämpft hatten. Ihnen wurde das Rückkehrrecht in ihre Stadt verweigert. Die Verfolgung ging weiter, bis in die 70er Jahre. Gingold wurde vor kurzem, nach seinem Tod, die Ehrung durch die Stadt Frankfurt versagt. Das sind doch heutige Realitäten! Die spüre ich auch in Bayern, wo ich tätig bin. Da gibt es Menschen, die verfolgt wurden, weil sie in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) sind. Und wir sitzen hier und reden. Als ob es nur irgendwelche Biografien und anonyme Tradierungsprozesse gibt. Es sind aber Machtverhältnisse.

■ Dr. Thomas Ahbe:

Ich stimme Ihnen da ganz zu. Man hat sich in der Bundesrepublik vom Nationalsozialismus mit dem Konzept des Antitotalitarismus distanziert, dafür sollte man ja auch guter Anti-Kommunist sein. Es gab ja sogar das bundesdeutsche Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, das eine geheimdienstliche Kartei über Kommunisten, Sozialdemokraten, sogenannte Neutralisten, Pazifisten angelegt hat, was klar gegen die Gesetze der BRD verstieß.

Hier möchte ich eine Literaturempfehlung abgeben: Norbert Frei, „Karrieren im Zwielflicht“. Da wird in verschiedenen Sektoren der Gesellschaft, bei den Militärs, den Mediziner, Juristen, Journalisten,

Wirtschaftskapitänen genau das nachvollzogen, was Sie eben beschrieben haben. Was haben diese Leute im Nationalsozialismus gemacht? Wie sind sie durch die Entnazifizierung gekommen? Wie haben sie dann in der BRD weitergearbeitet? Dort ist auch der Fall Maunz erörtert. Ein sehr gutes Buch, durch das man einen schnellen und erschütternden Einblick erhält, wie die Dinge gelaufen sind. Ich möchte noch etwas hinzufügen. Ich habe vorhin Unmut bei Ihnen gespürt, als ich von den diktatorischen Zugriffen der DDR geredet habe. Ich möchte hier schon darauf bestehen, dass es eine Erziehungsdiktatur war. Ich habe hier gelebt und das war so.

■ **Dr. Iris Wachsmuth:**

Ich finde, das ist ein sehr wichtiger Punkt. Ich habe selber sehr viel dazu gearbeitet. Ein Beispiel ist Frau Dr. Oberhäuser, die in Ravensbrück an schlimmen Experimenten teilgenommen, Menschen tot gespritzt und noch bis in die 60er Jahre praktiziert hat. Es gibt hier hunderttausend Beispiele und Bezüge, bis hin zum Buch von Henry Leide, der beschreibt, welche Nazis in der SED Karriere gemacht haben. Es gibt schlimme braune Kontinuitäten. Ich finde es auch wichtig, im Rahmen von Biografieforschung nicht nur über Rechtsextremismus zu reden. Die Grenze zur Mitte ist fließend. Diese Gleichgültigkeit, dieses Dulden von extremistischen Positionen hat

auch damit zu tun, im Osten wie im Westen. Wichtig ist, dass man wachsam ist und sich auch angesprochen fühlt, wenn Tendenzen dieser Art quasi mitlaufen dürfen.

■ **Moderatorin Ulrike Schmiegelt:**

Leider müssen wir aus Zeitgründen jetzt schließen, die Frage der Machtverhältnisse können wir deshalb nicht mehr vertiefen. Ich möchte aber noch hinzufügen, dass gerade diese Kontinuitäten in Karrieren mittlerweile historisch relativ gut aufgearbeitet sind und für uns hier vielleicht primär gar nicht das Thema sind. Ich möchte auch anfügen, dass doch sehr deutlich geworden ist, wie sich die historischen Bezüge des Rechtsextremismus in der BRD und der DDR bis heute fortsetzen.





Panel 2:

20 Jahre Friedliche Revolution

Impulsreferat:

Der Herbst 1989

Dr. Kornelia Lobmeier

Zeitgeschichtliches Forum Leipzig

2009 ist ein geschichtspolitisch herausragendes Jahr. Die Bundesrepublik Deutschland begeht gleich drei bedeutende Jahrestage: 70 Jahre Beginn des 2. Weltkrieges, 60 Jahre Grundgesetz und Gründung der Bundesrepublik sowie 20 Jahre Friedliche Revolution. Es zeichnet sich bereits heute ab, dass dieses Jahr mit einer Vielzahl von Publikationen, TV-Dokumentationen, Ausstellungen und Spielfilmen das Geschichtsbild der Deutschen von den Ereignissen 1989/90 nachhaltig beeinflussen wird.

Dabei ist in der öffentlichen Diskussion – vor allem in den Medien – häufig eine Verkürzung auf den Mauerfall zu beobachten. Ausgeblendet wird allzu oft, dass die Demonstrationen im Oktober und No-

vember 1989 mit den Rufen „Wir sind das Volk“ zunächst den Aufbruch zur Demokratie in der DDR einläuteten, bevor am 9. November in Berlin die Mauer fiel und sich eine Einheitsbewegung mit der Forderung „Wir sind ein Volk“ entwickeln konnte. Dies ist umso erstaunlicher, als den Deutschen 1989/90 gelang, was ihnen bis dahin in ihrer Geschichte versagt blieb: eine erfolgreiche demokratische Revolution, noch dazu weitgehend friedlich und mit Wirkungen weit über Deutschland hinaus. Die Ereignisse in der DDR beschleunigten den Zusammenbruch des sogenannten Ostblocks und waren Vorbild für Tschechen und Slowaken, Rumänen und Bulgaren.

Doch dies ist kaum im Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit. Warum werden die Chancen zur Tradierung einer demokratischen Entwicklungslinie in der deutschen Geschichte – dem Sieg der Demokratiebewegung in der DDR durch die Friedliche Revolution – auch 20 Jahre nach den Ereignissen vom Herbst 1989 immer noch unzureichend genutzt?

Sucht man nach den Ursachen, stößt man auf ein ganzes Bündel von Faktoren.



■ Dr. Kornelia Lobmeier

Der erste Grund scheint banal, erwies sich aber als sehr wirkungsvoll: Im Medienzeitalter prägt das Fernsehen maßgeblich das kollektive Gedächtnis der Menschen. Es waren vor allem die emotionalen Bilder der jubelnden Menschen, die sich mit Freu-

dentränen in den Augen in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 in die Arme fielen, die sich in das Gedächtnis einprägten. Dagegen gibt es von den Demonstrationen im Oktober in Plauen und Chemnitz keine bzw. aus Dresden und Leipzig nur unscharfe Aufnahmen, heimlich und aus großer Distanz gefilmt. Für die Mehrheit – und die ist eindeutig westdeutsch geprägt – wurde die Friedliche Revolution erst mit dem Mauerfall konkret: Die Menschen in West-Berlin, Hof oder Hamburg erlebten erst durch die Trabi-Karawanen nach dem 9. November unmittelbar die Veränderungen, die sich mit der Friedlichen Revolution in der DDR vollzogen. Bis dahin waren vielen die Demonstrationen so nah oder so fern, wie es heute zum Beispiel die Ereignisse in Tibet oder im Iran sind.

Aber auch viele Ostdeutsche haben eine zwiespältige Haltung zur Friedlichen Revolution. Eine Ursache mag in der Tatsache liegen, dass sich – wie übrigens bei allen Revolutionen – nur eine Minderheit aktiv daran beteiligte. Nach Schätzungen von Historikern engagierten sich in den 80er Jahren in der Oppositionsbewegung maximal 5000 Aktive. Im Spätsommer/Herbst beteiligten sich an den Demonstrationen deutlich mehr Menschen. So nahmen an der Größten am 4. November in Ost-Berlin mehr als eine halbe Million Menschen teil. Dennoch blieben sie eine Minderheit. Die schweigende Mehrheit wartete ab, wenn auch durchaus mit Sympa-

thien für die Opposition, die bis in den Kreis der SED-Mitglieder reichte. Selbst innerhalb der Partei wuchs die Zahl derer, die ihrer Führung nicht mehr vertrauten und sich mehr und mehr von ihr abwendeten.

Eine weitere Ursache liegt darin, dass sich zwar die meisten Ostdeutschen im Herbst 1989 einig darin waren, wogegen sie sind: nämlich gegen eine reformunfähige DDR-Führung, die unbeirrt an ihrer starren Haltung festhielt, während immer mehr Menschen das Land über Ungarn oder die Botschaften in Prag und Warschau verließen und andere Staaten des sogenannten Ostblocks die neuen Freiheiten von Glasnost und Perestroika bereits nutzten.

Wohin die Entwicklung in der DDR gehen sollte, war jedoch weitgehend unklar. Anders als zum Beispiel in Polen mit der Solidarność, gab es in der DDR keine starke, gut organisierte Opposition, die personell und programmatisch in der Lage gewesen wäre, auf den Machtverlust der SED im Herbst 1989 zu reagieren.

Der Bürgerbewegung in der DDR fehlten die Ressourcen, die Zeit und die notwendige Gegenelite, um eine überzeugende Alternative anbieten zu können. Dies zeigte sich nicht zuletzt bei den ersten freien Wahlen zur Volkskammer im März 1990, aus denen die Allianz für Deutschland – ein Wahlbündnis aus der ehemaligen Blockpartei CDU, der Deutschen Sozialen Union (DSU) und dem Demokratischem

Aufbruch – als klarer Wahlsieger hervorging. Mit ihrem klaren Bekenntnis zu einer raschen Vereinigung mit der Bundesrepublik erschien sie der Mehrheit der Ostdeutschen eine realistischere Perspektive zu bieten als die neuen Parteien und Wahlbündnisse der Bürgerbewegung, denen man die Führung des maroden Landes nicht zutraute.

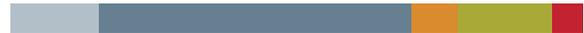
Die Zurückhaltung gegenüber der Friedlichen Revolution hängt außerdem damit zusammen, dass viele ihre Hoffnungen aus dem Herbst 1989 bis heute nicht erfüllt sehen. Wie eine Umfrage im Auftrag der Bundesregierung aus dem Frühjahr 2009 belegt, ist die Skepsis gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik unter den Ostdeutschen weit verbreitet. Während zum Beispiel mehr als zwei Drittel der Westdeutschen rechtsstaatliche Prinzipien und die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz in der Bundesrepublik gewahrt sehen, äußert sich nur knapp die Hälfte der Ostdeutschen in diesem Sinne. Nur 37 Prozent der Bürger/-innen in den neuen Ländern meinen, dass sie Einfluss auf die Politik nehmen könnten. Das Gefühl der Entmündigung, von der Teilhabe an politischen Prozessen ausgeschlossen zu sein, fördert die Distanz gegenüber der bundesdeutschen Gesellschaft. Etwas bewegen, grundlegende Veränderungen herbeiführen zu können, war für viele eine der wichtigsten Erfahrungen des Herbstes 1989. Nun scheint dies nicht mehr gefragt zu sein.



Symptomatisch dafür ist das Beispiel der neu gegründeten Zeitungen, die 1989/90 das Informationsmonopol der Parteimedien beendeten und wesentlich dazu beitrugen, Machtmissbrauch und Regierungskriminalität aufzudecken. Doch keine dieser Zeitungen existiert heute noch. Nach der Einfüh-

rung der D-Mark konnten sie gegen die Konkurrenz aus dem Westen nicht bestehen. Zur Distanz vieler Ostdeutscher gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik trugen nicht zuletzt die schein-demokratischen Strukturen in der DDR mit ihrem – rein formal gesehen – „Mehrparteiensystem“ und regelmäßig stattfindenden „Wahlen“ bei, die zu einer verbreiteten Skepsis gegenüber Parteien und Wahlen insgesamt führten.

Der Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur droht dabei zu verwischen. Um dem entgegenzuwirken, ist es wichtig, die Friedliche Revolution in der DDR als ersten gelungenen antidiktatorischen Aufstand in der deutschen Geschichte angemessen zu würdigen und in die demokratische Traditionslinie der Bundesrepublik zu integrieren.



Impulsreferat:

Ostdeutsche, Westdeutsche und die „innere Einheit“

Dr. Thomas Ahbe

Sozialwissenschaftler und Publizist, Leipzig

Anfang 1990 schien wenig darauf hinzudeuten, dass die Formel von der „inneren Einheit“ einmal ein Problem und nicht eine Erfolgsgeschichte etikettieren sollte. Bei der Volkskammerwahl vom 18. März wählte mehr als die Hälfte der Ostdeutschen ein Parteienbündnis für den sofortigen Beitritt zur Bundesrepublik, nur ein Fünftel stimmte für Protagonisten einer demokratischen DDR. Auch die Daten der Einstellungsforschung ließen keine Probleme erwarten: Im März 1990 fühlten sich zwei Drittel der Noch-DDR-Bürger „im Allgemeinen eher als Deutsche“ und nur ein Drittel eher „als Bürger der DDR“.

Doch das änderte sich bald. Schon im Januar 1992 hatten sich die Verhältnisse umgekehrt. Nun fühlte sich nur noch ein Drittel der einstigen DDR-Bürger „eher als Deutsche“ und 60 Prozent „eher als Ostdeutsche“. Im März 1997 fühlten sich nur noch 28 Prozent der Ostdeutschen „eher als Deutsche“ und schon 67 Prozent „mehr als Ostdeut-

sche.“ Waren „Wessis“ und „Ossis“ doch nicht „ein Volk“, wie letztere 1990 auf ihren Transparenten und Autoaufklebern mitteilten?

Nach der staatlichen Vereinigung von zwei Gesellschaften, die nach 1945 ganz unterschiedliche Modernisierungspfade eingeschlagen hatten, wurde die Nachhaltigkeit ihrer ideologischen und mentalen Prägungen deutlich. Diese überlagerten sich mit den Problemen der Eingliederung und Transformation des Ostens. Das illustrieren beispielsweise gesellschaftsbezogene Werte: Zwei Drittel der Ostdeutschen meinen, dass die Marktwirtschaft „automatisch zu sozialer Ungerechtigkeit“ führe und durch sie „die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer“ würden. Von den Westdeutschen denkt das nicht einmal die Hälfte. Laut einer Forsa-Umfrage vom Dezember 2008 sind, was die Demokratie betrifft, West- und Ostdeutsche zwar gleichermaßen „mit der Idee der Demokratie zufrieden“ (93 Prozent West, 95 Prozent Ost), aber „mit dem politischen System, so wie es tatsächlich funktioniert“ zeigen sich 67 Prozent der Ostdeutschen unzufrieden. Im Westen sind es nur 53 Prozent.

Trotz dieser Bewertungsunterschiede sehen die Ostdeutschen ihren Beitritt zur Bundesrepublik nicht als „Verlustgeschäft“: 39 Prozent von ihnen stufen sich als „Gewinner“ der Einheit ein – hingegen meinen nur 18 Prozent der Westdeutschen, das von sich sagen zu können. Bei letzteren dominiert mit 72 Pro-



zent die Bewertung „weder noch“ (49 Prozent Ost). Dieser positiven Beitritts-Bilanz der Ostdeutschen steht jedoch gegenüber, dass sich zwei Drittel von ihnen immer noch als „Bürger zweiter Klasse“ fühlen. Der Grund hierfür dürfte wohl im Vergleich mit den materiellen Ressourcen der Westdeutschen liegen, aber auch in der symbolischen Desintegration der Ostdeutschen.

Die symbolische Desintegration der Ostdeutschen zeigt sich darin, dass die dominierenden Diskurse der Politik, der Bildung, Wissenschaft, aber auch der Medien einen großen Teil ostdeutscher Erinnerungen, Erfahrungen und Werte ausblenden. Die Gründe hierfür dürften sein: Erstens die Größenverhältnisse des Beitrittsgeschehens (die DDR und die alte BRD verhielten sich wie 1:4), zweitens

die Richtung der Neuorganisation Ostdeutschlands (Übernahme des westdeutschen Systems) und drittens schließlich auch die nach der Aufhebung der Zweistaatlichkeit weiterwirkenden ideologischen Konkurrenzen.

Der vollständige Eliten-Austausch und die weitgehende Verdrängung oder „Degradierung“ der ostdeutschen Fach- und Führungskräfte war also ebenso praktikabel wie politisch gewünscht. Die Transformation des Ostens wurde von Westdeutschen angeleitet und die „Erfolge“ wie auch das „Versagen“ der Ostdeutschen entsprechend den westdeutschen Diskursen beurteilt.

In den neunziger Jahren führte das zu einer regelrechten Diskurs-Lücke: Die Wucht der Transformationsanstrengungen und das mediale Fremdbild ließen die Ostdeutschen – nachdem es in den letzten Monaten der DDR endlich freie Medien gegeben hatte – abermals ein Forum vermissen, das eine medial vermittelte Debatte über ostdeutsche Erfahrungen im Transformationsprozess und über die neu gewonnenen Einsichten zur DDR und zum vereinigten Deutschland ermöglicht hätte.

Das als „Ostalgie“ bekannt gewordene Phänomen ist eine kompensierende und laienhafte Reaktion auf diese Diskurs-Lücke. Ostalgie war in diesem Falle das Medium, mit dem in laienhafter Weise ein wichtiger Erfahrungsbruch bearbeitet wurde: Die Friedliche Revolution und die plötzliche Auflösung

der sich stets als mächtig und ewig gebenden DDR, der rasche Austausch ihrer allgegenwärtigen und alternativlosen Produktfolie und schließlich die Einführung der bundesdeutschen Verhältnisse in Ostdeutschland. Mit dem Besuch oder der Organisation von Ostalgie-Partys nahmen Angehörige bestimmter ostdeutscher Milieus eine nachholende Verabschiedung der DDR und eine Selbstvergewisserung in der neuen Gegenwart vor.

Neben diesen laienhaften Formen gab und gibt es kommerziell motivierte Ostalgie. Schon seit über

- Dr. Thomas Ahbe, Dr. Martina Weyrauch, Constanze Kutschker und Elke Neumann (v. l. n. r.)

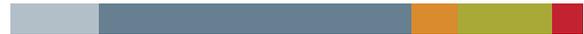


einem Jahrzehnt verdient eine ganze Branche mit Büchern, Tonträgern, Spielen, Kult- und Designprodukten daran, ostdeutsche Erinnerungen zu modernisieren. Zwei Jahrzehnte nach dem Mauerfall und der deutschen Einheit hält eine wachsende Mehrheit der Ostdeutschen „die Einführung einer politischen Ordnung nach westlichem Vorbild“ für richtig und nur ein Bruchteil von ihnen will noch „am liebsten die DDR wiederhaben“. Außerdem gibt es keinen politischen Akteur, der die Errichtung einer linken Diktatur anstrebt. Dennoch wird im politisch-medialen Diskurs versucht – wie einst wechselseitig zwischen DDR und BRD – die zustimmende Integration in das Eigene durch den Angriff auf das altertäre Gegenüber zu erzeugen.

Im (Wahl-)Jahr 2009 forciert man die Debatte zum „DDR-Unrechtsstaat“. Es geht offensichtlich nicht mehr nur um ein gemeinsames Bekenntnis zu Demokratie und sozialer Marktwirtschaft, sondern auch darum, die DDR „ohne Ausflüchte“ (wie es die einen formulieren) oder „ohne Differenzierungen“ (wie es die anderen sagen) als Unrechtsstaat zu bezeichnen. Sicherlich ist diese Art von Geschichtspolitik identitätsstiftend, integrierend und kommt der politischen Kultur der Bundesrepublik zugute – die Ostdeutschen allerdings desintegriert sie mehrheitlich. Denn das „normale Leben ohne Widerstand und Verfolgung“, das sich die meisten von ihnen zuschreiben, wird in dieser Debatte zu einem Leben

mit billiger Zustimmung eines Unrechtsstaates verwandelt. Es überrascht nicht, dass die Mehrheit der Ostdeutschen dieser Etikettierung nicht folgen möchte: Laut einer Studie des Instituts für Marktforschung vom März 2009 verneinen 41 Prozent der Ostdeutschen die Aussage, dass die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sein soll, 25 Prozent votierten mit „teils-teils“ und 28 Prozent bejahten die Unrechtsstaats-Diagnose. Und „mit dem eigenen Verhalten in der DDR“ sind, wie eine Thüringer Studie aus dem Jahr 2008 zeigt, die meisten zufrieden (16% „sehr zufrieden“, 47% „zufrieden“, 29% „teils-teils“, 6% „weniger zufrieden“, 1% „unzufrieden“, 1% „weiß nicht“).

Diese Befunde lassen erahnen, dass die Dauerthematization der DDR-Verbrechen oder gar die Dämonisierung der ostdeutschen Diktatur kein geeignetes Mittel ist, die Zustimmung zu den politischen und wirtschaftlichen Realitäten der Bundesrepublik oder die „innere Einheit“ zu stärken.



Impulsreferat:

Erinnerung in der Einwanderungsgesellschaft – 1989/1990 aus migrantischer Perspektive

Elke Neumann,
Humboldt Universität Berlin

Das Jahr der Friedlichen Revolutionen in Ostmitteleuropa jährt sich zum 20. Mal, und wir sehen uns einer Zeit gegenüber, die uns mit Gedenkveranstaltungen, Ausstellungen und vielem mehr das Vergangene ins Gedächtnis rufen soll. Eine Perspektive auf diese Jahre hat bisher jedoch nur wenig Beachtung gefunden – die Sicht von in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten.

Bisher findet eine historische Verortung von Migrant/-innen nur in einem sehr begrenzten und oft verzerrten Rahmen statt, nämlich dem der Arbeitsmigration in die Bundesrepublik. Jan Motte und Rainer Ohliger bezeichnen diesen Zustand als „Geschichtsvakuum in Bezug auf Einwanderung“. Eine gemeinsame Erinnerung an Großereignisse vom deutschen Bevölkerungsanteil und Migrant/-innen gibt es bisher nicht. Mit der Erinnerung an die Jahre 1989 und 1990 verhält es sich nicht anders. Wie aber

erinnern sich Migrant/-innen an den Mauerfall? Welche Bedeutung hatte dieses Ereignis für sie?

Entsprechend der Fragstellung, nämlich den ganz persönlichen Erinnerungen und Bewertungen von Migrant/-innen an die Umbruchjahre, habe ich in qualitativen Interviews, die durchschnittlich anderthalb Stunden dauerten, mit in (West-)Berlin lebenden türkischen Migrant/-innen der sogenannten Nachkommengeneration gesprochen.

Beim vorliegenden Fallbeispiel handelt es sich um die Befragte L., heute Sozialarbeiterin in Berlin. Sie kam 1971 nach Westberlin und war zum Zeitpunkt des Mauerfalls gerade 20 Jahre alt. Ihre Gefühle beim Fall der Mauer beschreibt sie so: „Also ich muss sagen, ich habe mitgeheult, ich habe mich mitgefremt. Ich habe es nicht geglaubt, und ich habe mich mitgefremt, erst mal auch als Bürger von hier, auch für beide Seiten.“ Sie schränkt diese Freude jedoch direkt wieder ein: „Aber irgendwie habe ich mich trotzdem nicht getraut, mal hinzufahren. Mal zum Brandenburger Tor oder so. Da habe ich mich wiederum nicht deutsch gefühlt. Lass mal erstmal sie sich freuen. Die haben ja so lange auf diesen Moment gewartet.“ Und weiter: „Innerlich habe ich mich sehr gefremt. Und ich muss sagen, in den ersten Tagen, Wochen hat man ja viele Menschen gesehen. Als sie sich auf der Straße oder in der U-Bahn begegneten, innerlich habe ich mich schon gefremt, aber ich hab schon gespürt, dass wir doch an-



■ Elke Neumann

ders angeguckt wurden, diese Fremde. Und das hat mich wiederum traurig gemacht.“

Die Befragte beschreibt ihre Gefühlslage zum Zeitpunkt des Mauerfalls als hin- und hergerissen. Einerseits freute sie sich, vor allem als Berlinerin.

Andererseits fühlte sie sich schlagartig fremd, fremder als die Jahre zuvor. Ihre Freude klingt daher – nach den ersten euphorischen Freudentränen – etwas zurückhaltender, wie eine Freude für ein fremdes Land, in dem erst mal die „eigentliche“ Bevölkerung feiern sollte: „Nach dem Mauerfall fühlte ich mich fremder. Wir haben es gespürt, dass wir dann doch irgendwie so anders waren. ... Was man so gelesen hat, gehört hat, da haben wir uns doch als Fremde gefühlt. Wir gehören doch nicht hierher, obwohl wir zwanzig, dreißig Jahre hier leben.“ Nach der anfänglichen Freude folgt bald darauf die Ernüchterung. Die Befragte muss feststellen, dass sie als Migrantin an diesem Großereignis keine Teilhabe hat.

Sie stellt zudem eine zunehmende Ausländerfeindlichkeit fest. Zu den rechtsextremistischen Gewalttaten Anfang der 90er Jahre sagt sie: „Natürlich, man hat Angst gehabt. Also wenn ich jetzt für meine Familie sprechen dürfte, wir sind gut integriert. Also wir sind acht Geschwister und hatten nie Probleme, auch unsere Eltern nicht. Wenn man dann so was hört, da macht man sich trotzdem Gedanken.“ Trotz ihrer Angst ob dieser Entwicklungen versucht sie zugleich Erklärungsmuster zu finden, die in Ostdeutschland zu verstärktem Rechtsextremismus führten: „Und manchmal habe ich mir gedacht, es ist normal, dass Menschen aus der ehemaligen DDR so reagieren. Ich war manchmal wü-

tend auf sie, manchmal habe ich sie auch verstanden. Sie können ja nichts dafür, sie wurden ja auch eingesperrt.“

Die Befragte ist in ihrer Betrachtung der Prozesse, die solch eine gesellschaftliche Umwälzung mit sich bringt, sehr differenziert bzw. erkennt an, dass solche Ereignisse auch Probleme mit sich bringen. Auf beiden Seiten – West und Ost – konstatiert sie dann in ihrer Beobachtung gleichermaßen Vorbehalte. Interessant ist hierbei, dass sie als Beobachterin teilnimmt und für sich selbst immer mehr Schwierigkeiten wahrnimmt sich zu positionieren: „Also wie gesagt, ich habe ja mehr mit Westdeutschen zu tun. Ich habe mich manchmal gewundert, dass ich Äußerungen gehört habe, die Mauer soll wieder her. Aber diesmal noch höher oder noch breiter. Und als ich das gehört habe, habe ich es nicht verstanden. Das hat mich irritiert, habe ich dann plötzlich gefragt, wo stehst du denn?“ Und weiter: „Also das heißt, es war für mich ein Zeichen, diese Seite will auch nicht teilen. Manchmal wusste ich nicht, freue ich mich jetzt mit oder freue ich mich nicht mit. Da habe ich mich dann manchmal wiederum als Gast gefühlt. In der Form, du hast ja wenig zu sagen, es ist ja ihr Land. Und wenn schon die Einheimischen sagen, sie wollen nicht, du hast hier nichts zu sagen.“

Für die Befragte ist der Mauerfall ein enorm emotionales Erlebnis, das sie gleichermaßen mit Freu-

de, Wut und Traurigkeit verknüpft. Sie erlebte in Berlin die Teilung beider deutscher Staaten sehr intensiv, beschreibt das Leben in Westberlin teilweise als Gefängnis. Ihre Erlebnisse nach dem Mauerfall sind vor allen Dingen durch Fremdheitsgefühle und eine gefühlte Andersartigkeit gekennzeichnet, die sich plötzlich bemerkbar machte. Für sie stellten sich mit dem Mauerfall ganz klar Fragen nach der eigenen

■ Elke Neumann und Dr. Martina Weyrauch





Positionierung in der Gesellschaft. Sie hatte das Gefühl, nicht dazugehören und dementsprechend auch keinen Anspruch darauf zu haben, ihre Meinung zu den Ereignissen und den nachfolgenden Entwicklungen zu äußern. Sie positioniert sich damit außerhalb eines wichtigen öffentlichen Ereignisses und zwar vor allen Dingen aufgrund der Irritationen, die es in ihr hervorrief. Da die Befragte sich gänzlich als Teil der deutschen Gesellschaft fühlte, verwunderte es sie umso mehr, plötzlich scheinbar außerhalb dieses Gefüges zu stehen. Die nachfolgenden negativen Erfahrungen im Umgang mit Deutschen sind ihr bis heute sehr präsent.

- Dr. Thomas Ahbe, Dr. Martina Weyrauch, Elke Neumann und Dr. Kornelia Lobmeier (v. l. n. r.)

Podiumsrunde zum Panel 2

20 Jahre Friedliche Revolution

Moderatorin:

Dr. Martina Weyrauch, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Potsdam

Es diskutieren:

Dr. Kornelia Lobmeier, Dr. Thomas Ahbe, Elke Neumann

■ Moderatorin Dr. Martina Weyrauch:

Ich möchte Sie nun herzlich ermutigen, Fragen zu stellen, andere Meinungen zu äußern, bitte schön!

■ Frage aus dem Publikum:

Ich wollte ergänzend noch auf eine Studie von Claudia Dreke hinweisen. Hier geht es um Westdeutsche, die als Verwaltungsbeamte nach Ostdeutschland gegangen sind. Herr Dr. Ahbe, Sie haben in einer Grafik gezeigt, dass Ostdeutsche sich heute viel ostdeutscher fühlen als nach dem Mauerfall und sich auf das Eigene, das Alte zurückbesinnen. Das hat auch mit einer Art von Dominanzkultur zu tun. Vielleicht gibt es da Parallelen zu der Stimmung nach dem Mauerfall, als Migrant/-innen vor allem in Berlin gespürt haben, dass auch sie ausgegrenzt werden, dass es zuerst eine deutsche und dann auch eine rechtsextreme Stimmung gab.

■ Moderatorin Dr. Martina Weyrauch:

Vielen Dank für diesen Zusatz, die Frage ist vielleicht gerade bei Migrant/-innen, ob das nicht auch eine bestimmte Bevölkerungsgruppe oder eine bestimmte soziale Schicht betrifft. Ich glaube, dass in Europa die Migrationsbewegungen praktisch intellektuell sind, ein Beispiel wären die gut ausgebildeten ostdeutschen Frauen. Diese Bewegungen diffundieren in alle Richtungen – hier studieren, dort arbeiten, da leben. Und da finde ich, dass es ein interessantes Phänomen ist, dass 1989 nicht nur die Mauer gefallen ist, sondern auch technische Revolution, globale Revolution und weitere Faktoren dazu gekommen sind. Da wäre dann natürlich die Frage, ob die Globalisierungsproblematik nicht doch wichtiger ist, als wir sie in unseren Studien reflektieren. Also, ob wir da nicht doch noch national blind sind und eigentlich internationaler wahrnehmen müssten.

■ Elke Neumann:

Das ist schon richtig, ich habe den deutschen Bevölkerungsanteil und die Migranten auch sehr klar getrennt. Das ist in der Praxis oftmals gar nicht mehr möglich. Nur, wenn man eine solche Studie macht, muss man etwas definieren. Ich glaube schon, dass diese Globalisierungstendenzen wirken. Auch, dass junge türkische Migrantinnen und Migranten nicht sagen, ich bin Türke oder ich bin Deutsche, sondern

transnationale Identitäten haben. Man darf aber trotzdem nicht unterschätzen: Dort, wo man lebt, möchte man sich gerne wohl fühlen. Wenn das nicht passiert und man das Gefühl hat, schon immer hier zu wohnen, aber trotzdem ausschließlich als Türke wahrgenommen zu werden, dann kann es noch so viel Globalisierungstendenzen geben, dann kommen einfach Wut und Enttäuschung auf. Die kriegt man auch durch „Rumreisen“ nicht wieder weg.

■ **Moderatorin Dr. Martina Weyrauch:**

Ich finde auch, dass der Wohlfühlfaktor ein interessantes Phänomen ist. Herr Ahbe, was ist Ihre Meinung dazu? Mich würde interessieren, wann z. B. ein Westeuropäer, der geraume Zeit hier ist, anfängt, sich zu Hause zu fühlen. Und er hört immer nur: Na, du bist nicht von hier. Ich habe auch einen Kollegen, der 1990 nach Freiburg gegangen ist und der sich auch nach 20 Jahren immer noch furchtbar unwohl fühlt. Gibt es Studien dazu? Vielleicht bei den Psycholog/-innen?

■ **Dr. Thomas Ahbe:**

Es gibt eine alte Studie von Norbert Elias. Das ist eine klassische soziologische Studie, da werden solche Verhältnisse in einem englischen Dorf untersucht. Den Zugewanderten der dritten Generation wird von den Alteingesessenen erzählt, dass sie



■ Dr. Reiner Becker, Beratungsnetzwerk Essen

nicht von hier sind. Es hängt davon ab, wie traditionell die Strukturen sind. Bei den Migrantinnen und Migranten ist es allerdings so, dass man es sich nicht aussuchen kann, ob man aussieht wie ein Türke. Ich selbst fühle mich in sehr vielen Momenten auch nicht heimisch in Deutschland und überhaupt nicht zugehörig in vielen Gruppen. Aber ich kann so tun und niemand wird mir das ansehen. Das sind zwei Dimensionen. Die Studie von Elias, wo es einerseits einfach das Wissen ist, dessen Großvater ist zugewandert, und man muss sich die Zugehörigkeit erstmal erarbeiten und andererseits eine Dimension, der man einfach nicht entrinnen kann. Ich denke allerdings, man kann hier in einen Kontext wechseln, wenn die Gemeinschaft nicht so ordentlich und starr ist.

■ Frage aus dem Publikum:

Wir haben jetzt eine große Bandbreite einer Friedlichen Revolution gehört, die es in Deutschland früher nicht gegeben hat. Man müsste auch mal untersuchen, warum sie friedlich war und die von 1919 und 1848 nicht. Ich habe aber das Gefühl, dass wir so ein bisschen an der Praxis vorbeireden. Wir haben es heute mit Asylsuchenden zu tun, die in der Medienwelt lapidar als „Flüchtlinge“ bezeichnet werden, aber Menschen sind. Zum Beispiel mit Türken, die mit der Frage der Staatsangehörigkeit ihre Schwierigkeiten haben, ob sie nun Türken bleiben

oder nicht. Wir haben es mit Menschen zu tun, die hier geboren sind und, obwohl sie hier geboren sind, keine Deutschen sind. Und jetzt ist doch die Frage, wie wir damit umgehen. Wenn zum Beispiel die Asylsuchenden in Lagern leben, wenn sie Residenzpflicht haben. Wenn sie versuchen, auch ihre Meinung zum Ausdruck bringen, und das dann verboten wird. Dann sind das doch die Dinge, die mich berühren. Und ich denke nicht, dass hier große Verbindungen zum Fall der Mauer bestehen. Also, ich würde gerne darüber diskutieren, wie wir mit den Problemen umgehen, die uns in der Praxis täglich begegnen.

■ Frage aus dem Publikum:

Ich wollte auch eben auf solche im öffentlichen Diskurs immer doppelsinnig und doppeldeutig gemachten Signale hinweisen. Frau Lobmeier, Sie hatten in Ihrem Vortrag den einen Begriff so betont: Den Wechsel von „das Volk“ im Sinne eines souveränen Volkes hin zu „ein Volk“, das eine Abstammungsgemeinschaft ist. Und damit fängt das Problem an. Ich erinnere an die widersprüchlichen, heftigen und doppelzüngigen Auseinandersetzungen im Bundestag direkt nach 1989/90: Ein Künstler hat eine Installation im Innenhof des Reichstages gemacht mit dem Titel: „Der Bevölkerung“. Das ist ein fundamentaler Unterschied zu einer homogenen Abstammungsgemeinschaft, wie sie in der Inschrift „Dem

deutschen Volke“, die vorne am Gebäude steht, zum Ausdruck kommt. Das auf diesem Abstammungsprinzip basierende Staatsangehörigkeitsrecht wurde erst 2000 geändert. Das hat dazu geführt, dass in Hessen Herr Koch die Wahlen gewinnen konnte. Mit einer vehementen Kampagne gegen Ausländer, die

■ Dr. Katharina Rothe



nun eingedeutscht werden könnten. Das sind Signale, Steilvorlagen für Rechtsextreme und Konservative, die nicht begreifen, dass wir inzwischen eine andere Gesellschaft haben. Und diese Nicht-Teilhabe der Migrant/-innen – ich bin dankbar, dass wenigstens bei Ihrem Beitrag, Frau Neumann, dieser Aspekt noch erwähnt wurde – an der gesellschaftlichen Mitbestimmung ist ein ungelöstes Problem. Ich möchte dafür plädieren, dass wir ein bisschen über den Tellerrand gucken und nicht nur auf Deutschland und die Fixierung der NS-Zeit. Es gibt viele größere Längsschnitte, auch historisch, und auch kulturgeschichtliche Codes, die europäisch sind und die uns mit anderen verbinden. Damit will ich nicht die Bedeutung der spezifischen deutschen Geschichte abwerten, aber Rechtsextremismus ist auch ein europäisches Phänomen, ein europäischer Rassismus, der über 300 Jahre lang gewachsen ist.

■ Dr. Kornelia Lobmeier:

Zu der Bemerkung zu den Losungen: Ich habe das betont, weil hier in der Forderung oder in der Formulierung „Wir sind das Volk“ dieser demokratische Aspekt zum Tragen kommt und dass sich das dann im Laufe der Entwicklung der Friedlichen Revolution zu der Forderung „Wir sind ein Volk“ entwickelte. Das zeigt, dass dann eine Lösung der Probleme eben in einer schnellen Wiedervereinigung gesehen wurde. Aber das war bewusst gewählt als

eine Lösung. Man traute der eigenen Kraft nicht, das marode Land zu führen, und suchte einen schnellen Weg in der Einheit. Damit war aber 1989/90 auch für viele eine Entmündigungserfahrung verbunden. Die nationale Komponente, die Sie erwähnten, kam meines Erachtens erst im Laufe der Jahre hinzu, was auch Herr Dr. Ahbe in einer Statistik zeigte. Da ist dann auch ein Beharren, dazu zu gehören. Das ist eine ähnliche Erfahrung, wie sie Frau Neumann beschrieben hat. Dann empfinden diese Menschen immer wieder, ob nun berechtigt oder unberechtigt, dieses Gefühl der Zurücksetzung. Und dieses „Deutsche“, daraus werden doch Rechte abgeleitet. Es wird diese nationale Komponente stärker hineingebracht.

■ **Moderatorin Dr. Martina Weyrauch:**

Dazu noch eine Ergänzung als Anregung: Warum muss man diese Abstammungsgemeinschaft per se diskreditieren? Wer aus einer Familie wie meiner eigenen kommt, die durch die Mauer richtiggehend durchgeschnitten wurde und die nicht zusammen kommen durfte. In der es ein Freudenfest über mehrere Wochen gab, wenn sie wieder zusammen war. Ich finde, das kann man nicht so völlig herausdefinieren, weil es ja auch eine Rolle spielt. Natürlich haben Sie global Recht, aber dieses Gefühl, endlich wieder zusammen zu sein, ist das per se zu verurteilen?

■ **Frage aus dem Publikum:**

Ich hätte eine Frage in Bezug auf die Entstehung von Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland. Sie fragten vorhin, ob in den letzten 20 Jahren nicht auch etwas Neues entstanden ist: ein interkultureller dritter Raum aus ost- und westdeutschen Werten. Vielleicht sogar ein neues Nationalgefühl. Sollte man sich nicht darauf beziehen, wenn man sich den Rechtsextremismus heute anschaut? Hier würde ich jetzt nicht von einer Abstammungsgesellschaft ausgehen. Ich denke, dass es interkulturell ganz unterschiedliche Werte in Ost und West waren, die dieses Nationalgefühl geschaffen haben. Falls es existiert, gibt es zu diesem neuen Nationalgefühl Studien? Man hat ja bei der WM 2006 gesehen, dass es plötzlich wieder ein Nationalgefühl gibt. Meine Frage wäre, inwieweit sich die Zunahme des Rechtsextremismus nach 1990 dadurch begründet?

■ **Dr. Thomas Ahbe:**

Ich kann die Frage nur teilweise beantworten. Es sollte nicht so verstanden werden, dass diese Grafik von „Deutschen zweiter Klasse“ spricht und ein Erklärungsversuch für die Entstehung von Rechtsextremismus sein sollte. So war es nicht gemeint. Ich selbst habe es so erlebt, dass es während der WM tatsächlich endlich mal einen Nationalismus gab, vor dem man nicht erschrecken musste. Er hatte ein gewisses Maß an Normalität, weil man sozusagen



einen Patriotismus sehen konnte, weil er sich nicht gegen etwas richtete. Aber insgesamt sagt uns die Literatur, dass sich um 1989/90 herum tatsächlich der Geist der Zeit gewendet hat und es einen nationalistischen Schub gegeben hat und die Anzahl der Verbrechen gegen Minderheiten zugenommen hat. Es wäre aber vielleicht gut, wenn wir uns auch auf ein Modell für die Entstehung von Rechtsextremismus einigen könnten. Ich bin ja kein Rechtsextremismus-Experte und auch nicht als solcher eingeladen worden. Deshalb muss ich es auch nicht haben, aber vielleicht wird das ein gutes Ergebnis, wenn wir zumindest eine allgemeine Modellvorstellung erarbeiten, wie Rechtsextremismus entsteht bzw. warum sich Menschen rechtsextrem betätigen. Sie sagten, Heitmeyers Prekarisierungsthese ist zu einseitig. Da haben Sie auch ganz plausibel argumentiert.

■ **Dr. Kornelia Lobmeier:**

Ich denke, dass es auch viel am gesellschaftlichen Diskurs liegt, wie überhaupt Migration in der deutschen Gesellschaft betrachtet wurde. Es hat ja sehr lange gedauert, bis überhaupt von einem Einwanderungsland die Rede sein konnte. Bis anerkannt wurde, dass wir ein Einwanderungsland sind, obwohl die Fakten schon lange dafür sprachen. Und das prägt natürlich, dann kommt die Ausgrenzung der „anderen“, die nicht dazu gehören, die nur vo-

rübergehend hier sind. Das fördert natürlich ein gesellschaftliches Klima, das es schwieriger macht für Integration und für das Ankommen, das Zuhausefühlen von Ausländern und Migranten.

■ Frage aus dem Publikum:

Zwei Anmerkungen: Zum Rechtsextremismusbegriff. Das ist das große Problem in der Sozialwissenschaft. Es gibt keine einheitliche Definition von Rechtsextremismus, es wurden mal 26 Definitionen von Rechtsextremismus gezählt, zum Beispiel die von Heitmeyer, mit 54 verschiedenen Merkmalen. Rechtsextremismus soll auf der Individualebene erklärt werden, kann es aber nicht. Da kommt eine Makroebene wie die von Heitmeyer („Desintegration“, „Individualisierung“) hinzu. Das alles steht in einem Spannungsverhältnis, das sehr kontrovers diskutiert wird. Was ich besonders interessant finde ist, dass dieses Thema auf eine politische Kultur aufgesetzt wird. Da spielen nicht nur die aktuellen und deutungsmächtigen Einstellungen zum politischen System, sondern auch die tradierten Einstellungen eine Rolle. Die andere Anmerkung bezieht sich auf die WM: Ich zitiere eine Studie von Heitmeyer. Hier wurde vor, während und nach der WM die Fremdenfeindlichkeit gemessen. Das Ergebnis war, dass die Fremdenfeindlichkeit bei den Probanden vor der WM geringer war als während und nach der WM. Das ist ein empirischer Beleg dafür, dass zumindest

die WM nicht das eingehalten hat, was sie suggeriert hat. Nämlich, dass hier „die Welt zu Gast bei Freunden“ ist. Und bei einem Team der Sportjugend wurde gemessen, dass das Interventionsfeld bei interkulturellen Konflikten im Sport gerade nach der WM deutlich zugenommen hat. Also so identitätsstiftend für alle war das große Ereignis wohl doch nicht.

■ Moderatorin Dr. Martina Weyrauch:

Unsere Zeit ist leider schon abgelaufen. Ich bedanke mich bei meinen Podiumsgästen und bei Ihnen im Publikum für die anregenden Diskussionsbeiträge.





Panel 3:

Was taugt Zeitgeschichte für die Arbeit gegen Rechtsextremismus?

Moderatorin:

Annegret Ehmann, Berlin

Es diskutieren:

**Dr. Katharina Rothe, Dr. Jens Kroh, Michael Trube,
Dr. Andreas Hallermann, Dr. Thomas Ahbe**

■ Moderatorin Annegret Ehmann:

Nachdem wir nun viele unterschiedliche und spannende Thesen aus der Forschung und den immer mehr differenzierten Blick auf das Phänomen gehört haben, kommen wir nun zu unserem Abschlusspodium. Das soll sich jetzt nicht mehr in den einzelnen Thesen erschöpfen, sondern sich zu bestimmten Fragen im Nachgang zu den Vorträgen äußern.

Zuvor vielleicht noch einige Anmerkungen: Gerade in der Entwicklung der Gedenkstätten ist eigentlich viel zu spät daran gedacht worden, sich auch um eine Erweiterung der Perspektive der Geschichte zu kümmern, obwohl immer mehr Jugendliche einen migrantischen Hintergrund und damit einen

anderen Bezug zur deutschen Geschichte haben. Auch in den Museen ist das Thema unserer Geschichts- und Erinnerungskultur in Bezug auf die Kulturen der Migranten erst jetzt zur Sprache gekommen. Bieten wir da eine Teilhabe an, zeigen wir da Interesse?

Und eine andere Frage: Lange Jahre galt es als ein probates Rezept gegen Rechtsextremismus, Leute mit rechten Einstellungen oder problematischem historischem Geschichtsbild durch Besuche in Gedenkstätten, in denen sie mit der KZ-Realität und der Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten konfrontiert werden, zu resozialisieren. Eine Frage wäre daher vielleicht auch – wenn wir hier jetzt zeitgeschichtliche Bezüge für die Bearbeitung des Rechtsextremismus in der Beratung und auch in der politischen Bildung diskutieren: Woran ist da gedacht? Welche Erfahrungen haben Sie selber damit gemacht, gerade die Fokussierung auf den Nationalsozialismus in die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus einzubringen? Ist das ausreichend? Oder müsste man hier nicht noch in ganz



■ Dr. Andreas Hallermann

anderen, erweiterten Kategorien denken? Diese Frage richte ich an Frau Rothe, die betont hat, dass die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus auch durch die familiäre Tradierung bestimmt wird. Bräuchte man nicht mehr Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, um Menschen vom Rechtsextremismus abzubringen?

■ **Dr. Katharina Rothe:**

Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie kritisieren, dass der Nationalsozialismus in der politischen Bildung immer noch eine zentrale Rolle spielt?

■ **Moderatorin Annegret Ehmann:**

Ja, insofern der Nationalsozialismus immer der Bezugspunkt ist und die historischen Bezüge sich meist auf den Nationalsozialismus beziehen, der dann den Rechtsextremismus speist. Oder müsste einfach prinzipiell mehr informiert werden?

■ **Dr. Katharina Rothe:**

Ich denke schon, dass es wichtig ist, sich auch auf den Nationalsozialismus zu beziehen, da dort nach wie vor die Wurzeln des heutigen Rechtsextremismus liegen. Es müsste untersucht werden, wie Bildungspolitik zum Nationalsozialismus gemacht wird. Sie hatten das Beispiel Gedenkstättenbesuch als Resozialisierung genannt und da würde ich sehr vorsichtig sein. Ich denke da an den Neonazi Alt-hans, der den Besuch in Auschwitz als Propagandainszenierung für seine Naziparolen benutzt hat. Was ich in diesem Zusammenhang auch noch kritisch anmerken möchte, ist die Art und Weise des Umgangs mit dem Nationalsozialismus in den Schulen. Sie verweist auch auf das, was Frau Wachsmuth angesprochen hatte, nämlich auf eigene familiäre Verstrickungen. Sie werden in der schu-

lischen Vermittlung des Nationalsozialismus in der Schule kaum reflektiert. Das kann dazu führen, dass beispielsweise Lehrer mit eigenen, unreflektierten familiären Verstrickungen ihre Klasse anklagen. Das verhindert eine wirkliche inhaltliche und emotionale Auseinandersetzung, in der die eigenen Familien und Vorfahren in die Betrachtung miteinbezogen werden. Deswegen würde ich sagen, dass es nach wie vor sehr wichtig ist, aber es kommt darauf an, wie.

■ **Moderatorin Annegret Ehmann:**

Diese Frage möchte ich weitergeben an Herrn Dr. Hallermann. Können Sie hier aus Ihren Untersuchungen noch einen Aspekt beitragen?

■ **Dr. Andreas Hallermann:**

Das scheint mir eine etwas verkürzte Sichtweise auf das Problem Nationalsozialismus zu sein. Natürlich sind die historischen Wurzeln wichtig, aber bei der heute üblichen Rechtsextremismus-Forschung sind andere Dimensionen wesentlich wichtiger. Das ist auch eine Frage der Definition. Was jedenfalls die Verbreitung in der Bevölkerung angeht, ist die Ausländerfeindlichkeit sehr viel stärker als die Zustimmung zum Nationalsozialismus.

Ich versuche immer zu unterscheiden zwischen altem und neuem Rechtsextremismus. Zum alten Rechtsextremismus würden die Verharmlosung des

Nationalsozialismus, Antisemitismus und vielleicht die Zustimmung zu einer rechten Diktatur zählen, während zum neuen Rechtsextremismus Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus gehören. Der alte Rechtsextremismus ist im Vergleich zum neuen Rechtsextremismus hier nicht sehr weit verbreitet. Vielleicht geht es mehr um Einstellungen und nicht um Verhalten. Das kam heute etwas durcheinander. Und eine andere Anmerkung: Mir scheint, dass die These der Friedrich-Ebert-Studie und auch Ihre, Herr Dr. Ahbe, dass die Zustimmung zum Antisemitismus im Alter weniger wird, aus meiner Sicht weit hergeholt ist.

■ **Dr. Thomas Ahbe:**

Was mit dem Alter steigt, sind, und das ist auch international überall gleich, die Werte zum Antisemitismus. Was die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung gesagt hat, ist aber, dass die durch den DDR-Antifaschismus sozialisierten Jahrgänge, und das sind ja nicht die ganz Alten, eine kritische Haltung zum Nationalsozialismus haben. Das muss man verdeutlichen. Unabhängig davon können Sie Ihre Meinung haben, es widerspricht aber ansonsten der Forschungslandschaft. Ich beziehe mich ja nicht nur auf die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Ich würde mich auch gestützt sehen durch die Studien unter anderem von Werner Bergmann vom Zentrum für Antisemitismus-Forschung.

■ **Moderatorin Annegret Ehmann:**

Herr Trube, Sie sind aus der Praxis, was können Sie aus Ihrer Erfahrung dazu sagen?

■ **Michael Trube:**

Wir sind genau beim Kern der Debatte. Ich kann ganz aktuell berichten, dass letzte Woche eine Lehrerin anrief, die rechtsextreme Sprüche in ihrer Klasse ausgemacht hatte und dann bei uns in die Gestapo-Gedenkstätte kommen wollte. Damit sich das Problem schnell löst. Wir mussten ihr dann relativ deutlich sagen, dass sie sehr herzlich bei uns eingeladen ist, aber dass wir dann vorher woanders ansetzen müssten. Ich glaube, die Frage, inwieweit der Nationalsozialismus wichtig ist, trennt sich hier in präventive Maßnahmen und Resozialisierung. Die Resozialisierung durch die losgelöste Vermittlung des Holocausts, wenn das Kind also schon in den Brunnen gefallen ist, ist in der Regel eine nutzlose Sache. In der Prävention würde ich das völlig anders bewerten. Das ist der andere Grund, warum gerade Schulklassen zu uns kommen. Sie kommen nämlich aus einem historischen Interesse, das nicht aktueller politischer Vorfälle bedarf. Da schätze ich die Wirkung von Gedenkstätten oder der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus doch wesentlich stärker ein. In der Jugendarbeit sind das die zwei großen Schwerpunkte unserer Arbeit. Dazu kommt, dass bei uns in Köln, einer Stadt mit einem sehr ho-

hen Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, täglich die konkrete Frage auftaucht, wie wir diese Jugendlichen so motivieren, damit sie den Besuch in der Gedenkstätte für sich als anregend wahrnehmen. Auch Projekte, die da durchgeführt werden, müssen sich dieser Frage stellen. Das sind die drei Schwerpunkte, um die sich dieses ganze Themenfeld dreht.

■ Michael Trube



■ **Moderatorin Dr. Annegret Ehmann:**

Herr Dr. Kroh, Sie haben zur Erinnerungskultur zum Nationalsozialismus und Holocaust gearbeitet. Ich möchte mit Ihnen über die „Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research“ sprechen. Sie wurde im Jahr 2000 von 47 Staaten in Stockholm gegründet. Sie hat den Auftrag, ein fast einheitliches Konzept zur Vermittlung des Holocausts über die Curricula in zahlreichen Ländern zu implementieren. Wie beurteilen Sie das, und wie sehen Sie da die Auswirkungen für die politische Bildung bezüglich des Rechtsextremismus?

■ **Dr. Jens Kroh:**

Die Task Force ist in der Tat in den vergangenen Jahren eine sehr interessante Entwicklung gewesen. Das Faszinierende, um nicht zu sagen Bedenkliche, ist, dass einige Länder eine bestimmte Lesart der Vergangenheit transportieren, die für eine deutsche Perspektive auf jeden Fall problematisch ist. Für Deutschland ist es teilweise dann problematisch, wenn man sich ausschließlich auf die Ermordung der europäischen Juden konzentriert, was in der Task Force der vorrangige Fokus ist.

Ich möchte an die erste Frage anschließen, um noch mal auf das Nationale zu fokussieren. Wo ich ein Problem sehe, ist eine Abwehrhaltung oder Übersättigung, die manche Befragte anführen,

wenn sie mit Nationalsozialismus und Holocaust in Kontakt kommen. Es war für die Entwicklung des Rechtsextremismus in den 60er Jahren nicht besonders wichtig, wie mit dem „Dritten Reich“ umgegangen wurde. Ende der 90er Jahre ist das aber deutlich wichtiger geworden. Deshalb hatte ich die Debatte genannt, als Martin Walser von der „Auschwitz-Keule“ gesprochen hat, von der „dauerhaften Präsentation unserer Schande“. Diese Aussage hat er zu einem öffentlichen Anlass gemacht. Er musste sich auch relativ sicher sein, in die Mitte der Gesellschaft zu fühlen. Und das haben die Reaktionen auf seine Rede, die Standing Ovationen in Frankfurt, auch gezeigt.

Gerhard Schröder hat einmal einen recht wichtigen Satz gesagt hat, als es um das Holocaust-Mahnmal in Berlin ging. Nämlich, dass das ein Ort sein sollte, an den man gerne hingehet. Die ganze Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Holocaust führt zu relativ wenig, wenn sie Abwehrhaltung zur Folge hat. Da würde ich das Ganze vielfältiger aufbauen, verschiedene Opfergruppen berücksichtigen und eben auch die Rezipienten stärker berücksichtigen. Ich weiß nicht, wie die Besucherforschung in den verschiedenen Gedenkstätten aussieht, aber es sollte natürlich nach Geschlecht, nach Alter, nach Migrationshintergrund, nach Bildungsschicht konkretisiert werden, welche Programme gemacht werden.

■ **Moderatorin Annegret Ehmann:**

Dass zeitgeschichtliche Bezüge immer wieder auftauchen, auch in den Slogans rechtsextremer Gruppen, ist ja nicht weiter strittig. Ich will noch mal ein Beispiel nennen, das vielleicht nicht alle kennen und das eine neue Qualität aufweist. Es ist kein deutscher, sondern ein österreichischer Vorfall. Am 13. Februar 2009 wurde die Wand der Gedenkstätte

■ Annegret Ehmann



Mauthausen mit den Worten beschmiert: „Was unser'n Vätern der Jud', ist für uns die Moslebrut, seid auf der Hut, 3. Weltkrieg, 8. Kreuzzug“. Am 10. Mai 2009 sind bei der Befreiungsfeier des Lagers Ebensee fünf Jugendliche mit Spielzeug-Kalaschnikows aufgetaucht und haben die dort versammelten Gäste und ehemalige Überlebende des Lagers angegriffen, beschimpft, zum Teil auch verletzt und die Feier empfindlich gestört. Bei der Untersuchung wurde festgestellt, dass es Jugendliche aus Ebensee waren, die bisher nicht auffällig geworden und auch nicht organisiert waren. Diese Jugendlichen hatten sich aber oft in die Stollen der Gedenkstätten zurückgezogen, um militärische Spielchen nachzuspielen. Und das haben sie dann auf der Gedenkfeier quasi inszeniert. Inzwischen fragen sich die Kommune und ganz Österreich, ob das ein Einzelfall war und, wenn ja, wie das beurteilt werden kann.

Ich glaube, dass solche Vorfälle immer zuerst die Frage nach organisierten Strukturen aufwerfen. Es gibt aber auch solche Vorfälle, die nicht in ein solches Muster passen. Herr Dr. Hallermann, können Sie dazu etwas sagen? Das wäre ja auch für uns sehr interessant.

■ **Dr. Andreas Hallermann:**

Das wäre jetzt eine Frage der Handlungen und der Einstellungen, die deutlich getrennt werden müssen. Natürlich sind diese rechtsextremistischen

Straftaten problematisch, und ihre Zahl steigt auch an. Deshalb ist es selbstverständlich wichtig, die Einstellungen zu untersuchen. Möglicherweise werden diese Einstellungen über die gesamtgesellschaftliche Ebene transportiert, vielleicht nicht durch die Mitte der Gesellschaft, aber zumindest von großen Teilen der Gesellschaft. Und diese Einstellungen, die vielleicht auch durch die eigene Familie tradiert werden, bereiten den Boden für diese Handlungen. Irgendwoher muss ein solches Weltbild ja kommen. Wir wissen zum Beispiel aus der Forschung, dass diejenigen, die die DDR nicht selbst erlebt haben, ein Bild dazu von ihren Eltern bekommen. Sie bekommen auch ein falsches Bild vom Nationalsozialismus über ihre Großeltern, das dann durch mediale oder andere Quellen unterstützt wird.

Vielleicht noch eine Bemerkung zur Gedenkstättenpädagogik: Sie hatten eben gesagt, dass losgelöste Resozialisierung durch Auschwitz-Besuche nicht funktionieren kann. Ich gebe Ihnen vollkommen recht, dass sie gern oder zumindest freiwillig hingehen sollten. Wir haben in Thüringen ein Programm, das durchaus sinnvolle Ergebnisse bringt. Es ist ein Aussteigerprogramm zur Resozialisierung von Rechtsextremisten, die im Gefängnis sitzen und in einem langen Prozess dazu gebracht werden, sich freiwillig dazu zu stellen und die Gedenkstätten irgendwann auch zu besuchen.

■ **Dr. Katharina Rothe:**

Ich würde gerne noch einmal einen Schritt zurückgehen. Sie haben vorhin auf die Leipziger Studien verwiesen, die sagen, dass beim Rechtsextremismus die Verharmlosung des Nationalsozialismus keine so große Rolle mehr spielen würde. Wenn wir heute die fortdauernden Wirkungen über mehrere Generationen thematisiert haben, dann sind nicht nur die organisierten Neonazis gemeint, die sich symbolisch auf den Nationalsozialismus beziehen, sondern auch die sogenannte Ausländerfeindlichkeit. Dieses immer noch wirksame destruktive Potential, diese Weiterwirkungen und unbewussten intergenerationellen Tradierungen, die bis in die Nazizeit und möglicherweise noch weiter zurückgehen und im Nationalsozialismus nur einen extremen Höhepunkt erreichten, äußern sich nicht nur als manifeste Verharmlosung des Nationalsozialismus. Dann hatten Sie die wichtige Unterscheidung zwischen den Einstellungen und den Handlungen angesprochen, was ich auch sehr wichtig finde. Ihr Beispiel zeigte ja, dass es offenbar keine organisierten Neonazis waren, sondern Leute aus der Umgebung, die angeblich „netten Jungs von Nebenan“. Das spricht dafür, dass da ein bestimmtes Klima herrscht. Hier würde ich durchaus von der Mitte der Gesellschaft sprechen, die diese rechtsextremen Einstellungen trägt und in Österreich und Deutschland den Boden bereitet für die entsprechenden Handlungen.



■ Annegret Ehmann und Dr. Andrés Nader

■ **Michael Trube:**

Ich würde das ergänzen: Von der Mitte weg in die rechtsextreme Szene hinein. Wenn wir uns die drei größten Naziaufmärsche anschauen, den zur Wehrmachtsausstellung, den Rudolf-Heß-Gedenkmarsch,

der quasi bis zum Verbot angewachsen ist, und die sogenannten Trauermärsche in Dresden mit über 5000 Teilnehmern, dann passt das nicht mit der These zusammen, dass der Nationalsozialismus für den Rechtsextremismus weniger wichtig sei als früher. Ich halte das für ein interessantes Phänomen, dass es für den extremen Teil der rechten Szene immer noch von absolut konstituierender Bedeutung ist, sich positiv auf den Nationalsozialismus zu beziehen. Wir haben deswegen auch häufig gar nicht die Wahl, den Nationalsozialismus in der Bearbeitung des Problemfeldes einzubeziehen oder eben nicht. Wir sind stattdessen dazu gezwungen, weil wir, die Beraterinnen und Berater, durch die rechtsextreme Szene damit konfrontiert werden.

■ **Moderatorin Annegret Ehmann:**

Aber die Frage ist doch, woher beziehen die ihr völlig verzerrtes Wissen, das sie dann projizieren. Wie ist das zu deuten? Welches Bedürfnis steckt dahinter, und kann das überhaupt durch mehr rationale Aufklärung aufgefangen werden?

■ **Michael Trube:**

Das würde ich mit einem ganz klaren „Jein“ beantworten. Natürlich können wir nicht den harten Kern der Dresdner Aufmärsche mit Kenntnissen über den Nationalsozialismus aufklären. Aber Sie sagen ganz richtig, dass ein gewisser Prozentsatz der Teilneh-

mer/-innen nicht mal ein Halbwissen hat. Ich glaube schon, dass eine gewisse Aufklärung, zum Beispiel über die Bombardierung Dresdens, zumindest einen kleinen Teil derjenigen, die die Dresdner Aufmärsche besuchen oder besucht haben, erreichen kann. Es ist ja immer die Frage, wie Erfolge in diesem Bereich gemessen werden. Und ich sehe natürlich aus der Praxis der Beratungsarbeit immer auch den einzelnen Erfolg, der durch eine solche Bezugnahme durchaus gegeben sein kann.

■ **Moderatorin Annegret Ehmann:**

Ich habe eigentlich noch keine Aussteiger-Programme entdecken können, die sehr erfolgreich waren. Aber was macht die Sache so attraktiv? Welche Bedarfsstruktur steckt da dahinter?

■ **Dr. Thomas Ahbe:**

Ich wollte noch einmal was zu der Frage davor sagen. Ich denke, die Leute, die auf den Aufmärschen sind, kann man auch durch Aufklärung und Wissen nicht mehr erreichen. Man kann vielleicht noch diejenigen Gruppen erreichen, die noch schwankend sind, die irgendwie diffus dazugehören. Hier könnten klare Ansagen vielleicht noch etwas bewirken. Aber ich denke, dass die Leute, die die Aufmärsche machen, genau das wollen. Sie wollen ja demonstrieren, dass sie hier sind, sie wollen sich präsentieren. Es interessiert sie nicht, wenn sie geächtet wer-

den und freut sie, wenn sie uns Angst machen können. Da ist dann mit Kenntnissen und Wissen nichts mehr zu erreichen.

■ **Moderatorin Annegret Ehmann:**

Da würde ich vollkommen zustimmen, aber was kann man jetzt einer Kommune an adäquater Beratung an die Hand geben?

■ **Dr. Katharina Rothe:**

Ich würde für eine stärkere Institutionalisierung und eine stärkere Kontinuität in allen Bildungseinrichtungen plädieren. Bisher läuft in der politischen Bildung sehr viel am Rande und wird auch vom Bundesministerium gewissermaßen an zivilgesellschaftliche Projekte delegiert. Es heißt zwar immer, dass es eher zu viel Vermittlung des Nationalsozialismus an den Schulen gibt. Aber wenn man dann genauer hinschaut, ist es gar nicht so weit her mit der Bildung in den Schulen. Ich würde auch für eine sehr viel fächerübergreifendere Bildungsarbeit an den Schulen plädieren, nicht nur Projektwochen gegen Rassismus, Gedenkstättenarbeit oder zivilgesellschaftliche Arbeit. Das ist alles sehr wichtig, aber es sollte noch stärker Bestandteil des ganz normalen Lehrplans sein. Und zwar fächerübergreifend und nicht nur in einer Antirassismus-Woche, sondern interkulturelles Lernen sollte ganz allgemein zum Lehrplan gehören.

■ **Moderatorin Annegret Ehmman:**

In den Curricula aller Bundesländer ist das seit Jahrzehnten ein fester Bestandteil. Aber Geschichte ist ein zweistündiges Fach und hat nur 60 Stunden im Jahr. Da kann man nicht so viel ausrichten. Wenn man das wirklich für so wichtig hielte, müsste man daraus ein Fach Kulturgeschichte machen, dies in einen anderen Kontext stellen und auch mit wirklichem Lernen über die gesellschaftlichen Situationen und Kulturen, in denen man aufwächst, vernetzen.

■ **Frage aus dem Publikum:**

Fächerübergreifend? Man kann auch mit Erfahrungswerten arbeiten.

■ **Moderatorin Annegret Ehmman:**

Das ist eigentlich das Prinzip dahinter. Nur ist das sehr schwierig zu organisieren. Besonders nach den ganzen neuen Strukturierungen. Heute muss ja ein enormer Wissenskanon abgearbeitet werden. Die Jugendlichen und Schüler/-innen lernen nicht mehr, sich einen unbekanntem Gegenstand oder ein Thema anzueignen und damit kreativ umzugehen. Die Lehrer sind gezwungen zu selektieren und zu beurteilen, nicht aber, einen Lernprozess sinnvoll zu begleiten. Sie bringen den Schüler/-innen nicht bei, wie gelernt wird und wie Interessen und Stärken entwickelt werden können. Man findet in der Schul-

karriere eines Schülers mindestens dreimal das Thema Nationalsozialismus. Das führt auch zu ablehnenden Reaktionen. Ich denke nicht, dass es da einen Fehlbedarf gibt. Im Gegenteil, ich denke, dass die Jugendlichen ihr Wissen prinzipiell nicht primär aus dem Unterricht beziehen, sondern eher aus dem Internet. Eine Studie über die Einstellungen von Jugendlichen und die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, die kürzlich in der Gedenkstätte Bergen-Belsen vorgestellt wurde, belegt, dass sie sich über die Medien und das Internet informieren.

■ **Dr. Andreas Hallermann:**

Ich wollte das langfristige Konzept unterstreichen, das Herr Trube angesprochen hat. Wir haben das auch in Thüringen. Da kommen Lehrer/-innen zu uns und verlangen, ihre Rechtsextremisten mit einem Programm „wegzumachen“. Das machen wir dann, sagen aber auch, dass es darüber hinaus eine langfristige Sache ist. Und dann sind die Lehrer/-innen schon wieder weg. Aber auch diese Fixierung auf die Schule selbst ist das Problem, denn Rechts extremismus – zumindest auf einer Einstellungsebene – ist nicht nur ein Jugend- und Schulproblem, sondern ein Problem der Erwachsenen in der Mitte der Gesellschaft. Das heißt, wir müssen Projekte machen, die Erwachsene erreichen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass politische Bildung

häufig nur die Bekehrten bekehrt und nicht die Richtigen erreicht. Wir wissen aus den Evaluationen, dass einige existierende Programme einfach nutzlos sind. Deshalb brauchen wir bessere Programme für Erwachsene, die aus meiner Sicht stärker betroffen sind als die Jugendlichen.

■ **Michael Trube:**

Ich greife noch einmal auf, was Frau Ehmann ganz richtig angemerkt hat, dass sich Jugendliche selbstständig informieren, nicht mehr ausschließlich in der Schule. Jetzt frage ich mich allerdings, wie passt das zu meiner subjektiven Wahrnehmung, dass gerade diejenigen, die noch ganz am Anfang ihrer Schullaufbahn sind und dieses dreimalige Behandeln des Nationalsozialismus maximal ein Mal hatten, diejenigen sind, die sich dem Thema am häufigsten verweigern. Ihr „Nicht-schon-wieder“ kann ja nicht nur an den bisherigen Vermittlungsmethoden liegen. Es ist natürlich tradiert durch die Familie, das heißt, man muss auch an die Erwachsenen ran, damit diese Tradierung nicht weiter stattfindet. Deswegen möchte ich die Behandlung des Themas Nationalsozialismus mit Jugendlichen, aber auch natürlich mit Erwachsenen, in Schutz nehmen gegen die irrationale Abwehr dieser Thematisierung. Ich glaube, dass hier zwei Ebenen zu beachten sind: Die eine ist definitiv eine kritische Hinterfragung der Methoden in der Vermittlung, die andere aber die

Frage, wie wir mit dieser Abwehr umgehen. Es kann ja nicht sein, dass wir auf die Behandlung des Themas verzichten, bloß weil die Abwehr so groß ist.

■ **Frage aus dem Publikum:**

Wolfgang Benz, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung in Berlin, hat gesagt, dass eine Barriere gegen das Wiedererstarken der Rechten gerade das Wissen über ihre Verbrechen ist. Das kann ich durch meine tagtäglichen Begegnungen nur bestätigen. Sie haben vollkommen Recht. Es sind nicht nur die Schulen alleine, sondern auch die Eltern. Aber an die Schulen kommen wir am besten ran und können etwas machen. Es geht ja nicht nur um Wissen, sondern vor allem ums Handeln. Und wenn es uns nicht gelingt, über die Information und das Geschehene die Jugendlichen zu erreichen, dann haben wir eine wichtige Möglichkeit zum Handeln verpasst. Ich denke auch, dass ein einmaliger Besuch in einer Gedenkstätte nicht allzu viel hilft.

Wir haben in Bayern ein Arbeitsprogramm, in dem u. a. eben dieser einmalige Besuch als notwendig erachtet wird. Nun gibt es diese Initiative „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“. Und diese Initiative ermöglicht eine Beschäftigung und ein Angebot zum Thema über das ganze Jahr, wobei wir nicht immer vom Holocaust reden. Im Gegenteil, es gibt die Frage der sozialen Unterschiede, ein Thema über Schwule. Es gibt viele Möglichkeiten, diese

Frage der Menschenrechte, diese Frage der Gleichheit der Menschen zu thematisieren.

Zum Schluss noch ein Beispiel aus der Gedenkstätte in Dachau: Wir haben dort jährlich ungefähr 800 000 Besucher/-innen, davon etwa die Hälfte Jugendliche. Sie kommen in den wenigsten Fällen gerne. Das ist der Lehrer, es ist die Schule, und es ist



das Thema, was den Besuch dieser Gedenkstätte vorschreibt. Es ist wichtig, dass wir auch das aufgreifen und damit umgehen. Dazu haben wir eine pädagogische Abteilung in Dachau, wo es jemanden gibt, der Freiwillige in die Problematik einführt. Diese Interessierten, junge Menschen, ältere Frauen, Männer, ganz verschieden, greifen das auf und machen in der Gedenkstätte Führungen.

Und zum Abschluss: Bei einer Tagung wie dieser hier erwarte ich eigentlich eine bessere Vernetzung und dass wir uns besser kennenlernen und mehr von unserer unterschiedlichen Arbeit erfahren. Wir alle müssen erfahren, was vor Ort geschieht, denn nur über den Ort können wir ran, nur über die konkrete Situation können wir ran, und das sollten wir hier vielleicht noch einmal deutlich machen.

■ Frage aus dem Publikum:

Ich bin der Meinung, dass die Auseinandersetzung mit der Geschichte in Schulen sehr wohl erfolgreich sein kann. Ich glaube, es ist die große Frage des Wie. Und es ist eine Frage, was man lernt. Ich arbeite in der KZ-Gedenkstätte in Dachau und gehe in Schulen und mache dort Prävention. Wenn dort richtig vermittelt wird, was damals passiert ist, und man das in einen Kontext zu den heutigen Jugendlichen setzt, z. B. mehr auf die 20er Jahre, soziale und wirtschaftliche Lebensumstände, Diskriminierung und Rassismus, dann wird das auch für Jugendliche der

vierten Generation greifbar. Die wissen bis dahin nur, dass das Thema etwas Schwieriges ist, dass es stark moralisiert ist und dass sie sich quasi politisch korrekt verhalten müssen. Es ist deshalb sehr wichtig, dass dieser Bezug für die Jugendlichen hergestellt wird. Eine andere Sache ist, dass sehr viele Lehrer völlig verkrampft im Umgang mit dem Nationalsozialismus sind.

■ **Moderatorin Annegret Ehmann:**

Ich bleibe da hartnäckig. Sind es nicht eher die Pädagog/-innen und politischen Bildner/-innen, die ihre eigenen Bedürfnisse bedienen, anstatt sich an der Bedürfnislage der Jugendlichen zu orientieren? Diese Attraktivität, die rechte Gruppierungen ja offensichtlich haben, bedient doch wohl die Interessen von Jugendlichen.

■ **Frage aus dem Publikum:**

Ich denke, es gibt hier gerade zwei Themen. Einmal die Frage: Wie kann Geschichte so aufbereitet werden, dass sie Fragen stellt und nicht gleich Antworten liefert? Zum anderen: Inwiefern eignet sich historisch-politische Bildung als Moralerziehung in einer Demokratie? Was heißt Demokratie? Was ist eben nicht demokratisch, und was ist das Problem in dieser Kopplung? Sie sprachen vorhin über die „Erziehungsdiktatur“, vielleicht sind das auch Erfahrungen, die man hier aufgreifen könnte.

■ **Michael Trube:**

Ich finde historisch-politische Bildung als Moralerziehung nur so gut, wie sie bei den Jugendlichen ankommt. Wenn das der Fall ist, dann klappt es. Wenn nicht, muss ein Bezug zur Lebenswelt der Jugendlichen hergestellt werden. Wie dieser Bezug aussieht, ist zunächst eine offene Frage. Das kann etwa über Familien- oder Lokalgeschichte geschehen.

Ich habe in den letzten Jahren den „Zug der Erinnerungen“ begleitet und mit Jugendlichen zu Verfolgten und Ermordeten aus ihren Stadtvierteln gearbeitet. Ich war überrascht, was für ein Feuer plötzlich entfacht worden ist und Jugendliche Tage, Wochen, Monate lang recherchiert haben, ihre Ergebnisse zu uns in den Zug gebracht haben und mit uns in die Gedenkstätte nach Auschwitz gefahren sind. 80 Jugendliche aus ganz Deutschland, von solchen Zahlen können Schulen nur träumen. Die Schulen können ein solches Projekt aus personellen und strukturellen Gründen nicht leisten. Aber die Möglichkeit, das Interesse zu wecken und an der Lebenswelt der Jugendlichen anzudocken, ist da. Dann können auch moralische Fragen diskutiert werden, die eben mit der heutigen Zeit zu tun haben und nicht abstrakt sind. Ansonsten ist das zwangsläufig zum Scheitern verurteilt, es können vielleicht zufällige Resultate erzielt werden. Aber das ist keine Strategie historisch-politischer Bildung.

■ **Frage aus dem Publikum:**

Ich denke, dass politische Bildungsarbeit in Schulen notwendig ist, aber eben nicht nur für Schüler und Schülerinnen. Ich denke, es muss ein Diskurs geschaffen werden, in dem Lehrer, Lehrerinnen und Eltern gemeinsam dieses gesellschaftliche Problem von Nazis und Rechtsextremismus wahrnehmen. Es kann nicht sein, dass wir in die Schulen gehen und nur mit Jugendlichen arbeiten, während sich die Lehrer einen freien Tag nehmen oder im Lehrerzimmer Kaffee trinken. Es sollte normal sein, dass wir uns als Bürger, als Menschen gemeinsam gegen Nazis einsetzen. Deswegen finde ich es schade, dass so ein Projekt überhaupt finanziert werden muss. Eine andere Sache ist die, dass z.B. Initiativen in Konkurrenz zueinander treten und Gelder miteinander aushandeln müssen. Auch deshalb finde ich die Forderung nach mehr Vernetzung richtig, das sollte auf dem nächsten Fachtag dann auf jeden Fall stattfinden.

■ **Moderatorin Annegret Ehmann:**

Also das kann Schule eben nicht leisten, zumal auch die Schulbücher 20 Jahre alt sind. Der Schule spreche ich hier die große Möglichkeit ab. Das tut sie sowieso in ihrem Rahmen, nur reicht das halt nicht aus. Ich meine auch, dass der Antisemitismus vielfach mit dem völlig falschen Mittel bekämpft wird. Es wurde auch in der Gedenkstätte Buchenwald be-

obachtet, dass rechtsorientierte Jugendliche dort erst richtig gelernt haben, wie man Menschen behandeln kann und die gute Intention sich dadurch ins Gegenteil verkehrt. Wie sich jemand moralisch verhält oder empathisch empfindet, lernt man nicht erst durch die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, sondern bereits in der Familie, im Kindergarten und in der Frühzeit. Wenn dann der Fachunterricht kommt und es ist bis dahin noch nicht begriffen worden, ist es meist schon zu spät.

■ **Dr. Katharina Rothe:**

Ich möchte zum letzten Punkt anmerken, dass Erfahrungslernen, das auch präventiv gegen Rechtsextremismus wirkt, natürlich in der frühen Kindheit erlernt werden sollte. Wenn es aber nicht erfahren wird, dann haben Bildungseinrichtungen die Aufgabe, das nachzuholen. Ich würde nicht von diesem Auftrag der Bildungseinrichtungen abrücken, nur weil es schwierig ist. Wir müssen eben trotzdem darüber nachdenken, wie Schulstrukturen und Lehrpläne verändert werden können und zu Schulstrukturen führen, in denen mehr Erfahrungslernen möglich ist. Wir haben vorhin wunderbare Beispiele für Erfahrungslernen gehört, welches die aktuellen Erfahrungen nicht nur von Jugendlichen aufgreift. Und dass dieses Erfahrungslernen auch im historischen Bezug möglich ist. Deswegen plädiere ich nach wie vor für eine politische Bildung an Schulen.

■ **Frage aus dem Publikum:**

Was mir in der bisherigen Diskussion fehlt, ist, wie man das Thema Zeitgeschichte für die Beratung gegen Rechtsextremismus fruchtbar machen kann. Es gibt einen deutlichen Unterschied zwischen Prävention und politischer Bildung einerseits und Intervention im Rahmen eines Interventionsteams gegen Rechtsextremismus. Es ist etwas ganz anderes, wenn organisierte Rechtsextreme das Thema Nationalsozialismus nutzen, um Identität zu stiften und die eigene Bewegung zu mobilisieren. Welche Relevanz hat das Thema Zeitgeschichte aber für unseren Kontext, wenn ein Jugendlicher im Klassenzimmer ein Hakenkreuz in den Holztisch schnitzt und einen Hitler-Gruß zeigt? Dann kommen Berater/-innen und stellen häufig fest, dass sie mit einem Thema konfrontiert sind, von dem sie sich in Bezug auf Moral und Werte nicht lösen können. Es wurde mehrfach gesagt, dass man nicht von der Einstellung auf das Verhalten schließen kann.

Umgekehrt meinen wir aber oftmals, vom Verhalten auf die Einstellung schließen zu können. Was in diesem Fall passiert, ist, dass die ganze Empörungsmaschinerie angeworfen wird. Dann gibt es eine Klassen-, Lehrer-, Schulkonferenz, pädagogisches Handeln noch und nöcher. Aber die Frage, warum sich dieser Jugendliche mit seinem Halbwissen oder Nicht-Wissen dieser Symbole bedient und damit provoziert (nicht nur beim Lehrer, sondern beim

ganzen Apparat), wird nicht gestellt. Zudem sollte man hier auch berücksichtigen, dass in diesem Moment organisierte Rechtsextreme in ihrer Strategie gegenüber Jugendlichen sehr, sehr stark sind. Sie bieten nämlich etwas an, das Reaktionen hervorruft. Darauf muss man adäquat reagieren können. Deswegen noch mal ein Hinweis, hier deutlich zu differenzieren: Mit wem haben wir es zu tun? Womit haben wir es zu tun? Und was haben wir damit zu tun? In der Beratung ist es dringend angeraten, hier sehr sachlich und sehr, sehr nüchtern und mit wenig Tempo auf solche Prozesse zu schauen.

■ **Moderatorin Annegret Ehmann:**

Ich denke auch, dass Jugendliche sehr genau wissen, womit sie die Gesellschaft auf den Siedepunkt bringen und provozieren können. Die falsche Reaktion darauf verfestigt eher solche provokanten Haltungen. Und das ist der neuralgische Punkt, um den es gerade auch bei der Intervention und Beratung geht – wie reagiert die Gesellschaft?

■ **Michael Trube:**

Ich finde es auch sehr wichtig, genau zu verstehen, was passiert. Ich würde aber auch davor warnen, das völlig zu entpolitisieren und das Malen eines Hakenkreuzes als reinen Akt der Rebellion und Provokation zu bewerten. Ein Jugendlicher muss auch dafür in die Verantwortung genommen werden.

Denn wir wissen, dass sie doch teilweise gut informiert und einige sogar ganz clever sind. Man muss ihnen dann schon vermitteln, warum man betroffen ist, und seine Assoziationen offenlegen. Man sollte einfach transparent machen, warum man persönlich empört ist. Aber es muss auch historisch und politisch vermittelt werden, woher das Hakenkreuz kommt und wofür es steht.

■ **Moderatorin Annegret Ehmann:**

Welche erfolgreichen Praxisbeispiele gibt es denn aus Ihrer Sicht?

■ **Antwort aus dem Publikum:**

Aus meiner Sicht gibt es sehr viele gelungene Beispiele, beispielsweise „Schule mit Courage“ – überall, wo kontinuierlich, z. B. in der Schule, im Kollegium, und nicht nur von Einzelnen gearbeitet wird. Das gibt es auf erstaunlich hohem Niveau. Es gibt Berufsschulen, in denen Schüler z. B. Filme drehen, die ihre eigene Thematik betreffen. Klassen, in denen 14 verschiedene Nationalitäten sitzen, setzen sich filmisch mit Rassismus auseinander. Das erfordert aber, dass Prozesse in Schulen bereits vorher gelaufen sind. Prozesse, die ein sehr großes Standvermögen erfordern. Es braucht Menschen, die bereit sind, sich gegen Anfeindungen usw. durchzusetzen, bis sie irgendwann mal anerkannt werden. Nur sind diese Schulen nicht die Mehrheit, ich ken-



■ Dr. Jens Kroh, Ulrike Schmiegelt
und Dr. Iris Wachsmuth (v. l. n. r.)

ne aus Bayern nur zwei solcher Projekte, in denen Schüler, und jetzt auch Studenten, gegen eine Bildungspolitik, gegen etwas, was sie einsperrt und nur benotet, auf die Straße gehen. Dafür bekommen sie Verweise.

Wir bewegen uns also in einem Feld, wo es mit Demokratie nicht weit her ist. Aber überall dort, wo wirklich mündige Personen etwas tun, ecken sie an. Ich glaube, dass dieses Anecken auch der Punkt ist, wo Werte und Moral erworben werden oder ablesbar sind. Diese Werte kann man nicht vermitteln, sondern das vermittelt sich in diesem Prozess. Und wir brauchen solche Werte, sonst vermitteln wir

eventuell nur, wie schlimm die Vergangenheit war, wie schlimm so manches in der Gegenwart ist, während die NPD, die Kameradschaften und freien Netze weiterhin von unserem Staat bezahlt werden. Wir wissen doch, dass deren hohe Etagen in den Nicht-SPD-Ländern gezüchtet werden. Und wir füttern damit auch die Attraktivität der Rechtsextremen mit unseren Steuergeldern. Wenn wir das nicht laut und deutlich machen, dann brauchen wir uns auch nicht über unsere Sisypusarbeit zu wundern.

■ **Moderatorin Annegret Ehmann:**

Noch eine andere Frage: Ziehen sich nicht auch die politischen Parteien weitgehend von einer wirklichen Kernarbeit zurück, die manchmal noch in Kommunen zu leisten wäre? In Ostvorpommern zeigen normale Parteien kaum noch Präsenz. Warum hat sich die NPD dort so etablieren können? Was hat sie dort angeboten, was sie so attraktiv macht?

■ **Antwort aus dem Publikum:**

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern zwei Jahre lang Projekte und mehrere Stellen finanziert. Das Fazit war, sie haben es gerade mal geschafft, dass sich zwei Fußballvereine gründen. Es ist ein strukturelles Problem. Dort wohnt einfach niemand mehr, und die wenigen, die geblieben sind, kann man leicht rumkriegen. Das ist ein zivilisatorisches und

strukturelles Problem, das nicht mit Appellen gelöst werden kann. Es sind Probleme, die wir vorher nicht kannten und wo wir teilweise auch noch nicht wissen, wie wir, trotz Mobiler Beratungsteams usw., damit umgehen.

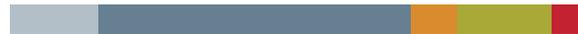
■ **Frage aus dem Publikum:**

Ich möchte noch mal die Frage nach einer besseren Vernetzung stellen, auf Grundlage derer wir untereinander in Kontakt bleiben und unsere Projekte besser sichtbar machen können.

■ **Moderatorin Annegret Ehmann:**

Diese Aufforderung will ich als Schlusswort nehmen. Der Historiker Ulrich Herbert hat gesagt, man brauche nichts über Auschwitz zu wissen, um zu wissen, dass man einem anderen Menschen nicht nach dem Leben trachtet.

Damit schließe ich das Podium, ich möchte mich noch einmal herzlich bedanken – bei allen Anwesenden für ihre Teilnahme, bei den Referenten und Referentinnen und auch bei Ihnen für Ihre anregenden Diskussionsbeiträge.



gegen
mus trifft auf
hte“
1 bis 18 Uhr
örse Leipzig
www.kompetenzforum-leipzig.de



■ Panel 3: Abschlusspodium mit Dr. Thomas Ahbe, Dr. Andreas Hallermann, Annegret Ehmann, Dr. Katharina Rothe, Michael Trube und Dr. Jens Kroh (v. l. n. r.)

Personenangaben

Dr. Thomas Ahbe

*1958 in Querfurt, Dr. phil., Sozialwissenschaftler und Publizist, studierte 1981–1987 in Leipzig Philosophie, Soziologie und Geschichte, Promotion 1992, danach bis 1998 Mitarbeit im DFG-Längsschnittprojekt „Identitätsentwicklung junger Erwachsener“ an den Universitäten München und Leipzig, danach freischaffend bzw. Mitarbeit in wechselnden Projektzusammenhängen. Zuletzt Mitarbeiter im Projekt „Ost-Diskurse“ am Institut für Geschichte der Universität Wien. Derzeitige Arbeitsschwerpunkte: Diskurs- und Kulturgeschichte der Zweistaatlichkeit und der ostdeutschen Transformation, Generationengeschichte in der DDR und Ostdeutschland.

Annegret Ehmann

*1944 in Bad Homburg v.d.H., Studium der Geschichte, Politik, Philosophie und Anglistik an den Universitäten Frankfurt/Main und München, wissenschaftliche und freiberufliche Tätigkeit in der politischen Jugend-, Erwachsenenbildung und Lehrerfortbildung für verschiedene Institutionen der histo-

risch-politischen Bildung (u. a. Aufbau und Leitung der Bildungsabteilung der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz), Entwicklung von Projekten, pädagogischen Materialien und Fachberatung u. a. für die Landeszentrale für politische Bildung in Mecklenburg-Vorpommern, Bundeszentrale für politische Bildung, das Deutsch-Polnische Jugendwerk sowie die Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft.

Dr. Andreas Hallermann

*1967 in Hagen/Westfalen, Studium der Politikwissenschaft, Empirischen Sozialforschung und Kommunikationswissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, 1996–2003 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Deutsche Regierungssysteme im europäischen Vergleich an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Promotion zum Dr. phil. an der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 2003–2008 Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung und Strukturanalyse moderner Gesellschaften an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seit 2008 Referent für Extremismusprävention im Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit.

Dr. Jens Kroh

*1977 in Chêne-Bougeries/CH, Dr. rer. soc., Associate Research Fellow am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen und Stipendiat der Fritz Thyssen Stiftung, 1998–2003 Studium der Politikwissenschaft und Soziologie in Gießen und Grenoble, 2003–2006 Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Graduiertenkolleg „Transnationale Medienereignisse von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart“ an der Universität Gießen, 2007 Promotion.

Dr. Katharina Rothe

*1976 in Hamburg, Dr. phil., Diplompsychologin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Verbundprojekt zwischen der Universität Leipzig und der Uniklinik Hamburg „Karriereläufe von Ärztinnen und Ärzten“. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Geschlechterforschung, den qualitativen Methoden, den Folgen des Nationalsozialismus, der Antisemitismusforschung, der Psychoanalyse und Sozialforschung. Sie ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Psychoanalyse. Texte zur Sozialforschung“.

Dr. Kornelia Lobmeier

*1960 in Wittenberg, Dr. phil., Studium der Geschichte und Germanistik in Leipzig, seit 1995 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, hier u. a. an der Erar-

beitung von Ausstellungen und Publikationen zur deutschen Zeitgeschichte seit 1945 beteiligt.

Elke Neumann

*1982 in Berlin, M.A., studierte Sozialwissenschaften an der Universität Oldenburg und der Humboldt-Universität zu Berlin. Während ihres Studiums arbeitete sie einige Jahre bei der Unique GmbH, einer Gesellschaft für Arbeitsgestaltung, Personal- und Organisationsentwicklung. Seit 2008 ist sie bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur beschäftigt.

Ulrike Schmiegelt

*1966 in Westerstede, M.A., Studium der Kunstgeschichte, Osteuropäischen Geschichte und Slawistik in Hamburg, Kiel und Moskau, Volontariat am Deutschen Historischen Museum Berlin und am Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst, Wissenschaftliche Mitarbeit am Museum Berlin-Karlshorst, Konzeption und Erarbeitung der Ausstellung „Foto-Feldpost. Geknipste Kriegererlebnisse“ (über private Fotografien deutscher Soldaten im Zweiten Weltkrieg), wissenschaftliche Mitarbeit am Deutschen Historischen Museum, „Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen“. Zurzeit Projektleiterin des Projekts „Wir waren so frei ... Momentaufnahmen 1989/1990“ an der Deutschen Kinemathek – Museum für Film und Fernsehen in Berlin.

Michael Trube

*1981 in Herne, Studium der Geschichts- und Politikwissenschaft in Bochum (B.A.-Arbeit: „Widerstand im KZ Buchenwald – Rezeption und Wirkung in der frühen DDR“). Seit 2004 in der historisch-politischen Bildungsarbeit mit den Schwerpunkten Rechtsextremismus, Anti-Rassismus, Interkulturelles und Nationalsozialismus tätig. Seit Oktober 2008 „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus“ der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus der Stadt Köln.

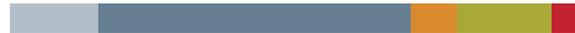
Dr. Iris Wachsmuth

*1964 in Bremen, Dr. phil., Sozialwissenschaftlerin, Biographieforscherin, freie wissenschaftliche Mitarbeiterin der Alice Salomon Fachhochschule, u. a. für das Projekt „Growing up with German and Israeli parents who lived through the disasters of the Third Reich. Explorations of identity issues“, Arbeitsschwerpunkte: Forschung und Vermittlung von Zeitgeschichte, Nationalsozialismus, Holocaust, Täterforschung, Intergenerationelle Tradierung, individuelle und kollektive Erinnerung, Geschlechterforschung, Qualitative Sozialforschung, Biographie- und Familienforschung.

Dr. Martina Weyrauch

*1958 in Ostberlin, 1982 Studium der Rechtswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1986

Promotion zum Internationalen Strafrecht und Völkerrecht, 1989/90 Mitglied in der Untersuchungskommission gegen Amtsmissbrauch, Korruption und persönliche Bereicherung, Mitarbeit am Runden Tisch für ein Rehabilitierungsgesetz der DDR, 1990 Referentin für die völkerrechtlichen Fragen der deutschen Einheit im Amt des Ministerpräsidenten der DDR Lothar de Maizière, 1991–2000 Arbeit in verschiedenen Aufgabenbereichen der Landesverwaltung Brandenburgs (u. a. persönliche Referentin des brandenburgischen Ministerpräsidenten Dr. Manfred Stolpe), seit 2000 Leiterin der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung.



Impressum

Dokumentation Fachtag „Beratung gegen Rechtsextremismus trifft auf Geschichte“
Tagungsort: Alte Handelsbörse Leipzig, Naschmarkt, 04109 Leipzig

Herausgeber: Zentralstelle des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie –
Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“,
c/o Stiftung Demokratische Jugend, Grünberger Straße 54, 10245 Berlin

Konzept: Constanze Kutschker

Redaktion: Constanze Kutschker und Thomas Köster

Koordination und Fotos: Thomas Köster

Transkription: Stephan Mayr

Gestaltung: Jörg Rückmann

Website: www.kompetent-fuer-demokratie.de,
E-Mail: zentralstelle@beratungsnetzwerke.de, Telefon: 030.200 789 60

August 2009

